Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Anzeigenpreis: 12 Pfennig für den Millimeter Höhe und Spalte; 70 Pfennig für Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 21045, 21047, 22251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 10 Pf. | Halle, Freitag, 24. September 1926 | 6. Jahrgang * Nr. 225

Was sah die zweite deutsche Arbeiterdelegation in Sowjet-Rußland

Bericht des sozialdemokratischen Kollegen Habermann vor der Ammendorfer Arbeiterschaft

Der Arbeitsausschuß der Betriebsräte Ammendorfs hatte am Donnerstag, dem 23. September, nach dem „Schützenhaus" zu einer Begrüßungsfeier für den nach Sowjet-Rußland entsandten Delegierten Habermann aufgerufen. Aus allen Betrieben strömten die Arbeiter nach dieser Kundgebung, um den Bericht des heimgekehrten Kollegen über den Aufbau Sowjet-Rußlands entgegenzunehmen. Im Namen des Arbeitsausschusses begrüßte der Kollege Lehne, und im Namen der Belegschaft der Firma Lindner der Kollege Pretsch den Kollegen Habermann. Der Arbeitergesangverein sang die „Internationale".

•

Kollege Habermann dankte für die Begrüßung und wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß es unmöglich sei, sich in Einzelheiten auszudehnen; er könne jetzt nur seinen Gesamteindruck schildern. Rußland ist von unserer Perspektive ein eigenartiges Land, aber nicht so eigenartig, wenn man sich in die Struktur des Landes und den russischen Charakter des Volkes vertieft. Rußland war vor dem Kriege ein zurückgebliebenes Land, die Arbeiterschaft wurde am meisten unterdrückt und getreten, die Zarenherrschaft war die luxuriöseste der Welt. Die russische Bourgeoisie hat sich keine Mühe gegeben, die Betriebe im Interesse der Wirtschaft auszubauen, sie hat vielmehr aus den Arbeitern herausgepreßt, was nur herauszuholen war. Und wenn man sich vorstellt, daß die Produktion, die durch Krieg, Revolution und Bürgerkrieg vernichtet war, notwendig wieder in Gang gebracht worden ist, so muß man von einem Fortschritt sprechen.

Die Eisenbahnen, vernichtet durch Krieg und Bürgerkrieg, sind heute bis zu 80 Prozent der Vorkriegszeit wieder aufgebaut. Die Landwirtschaft ist sehr reich, jedoch fehlen Maschinen und Geräte, um die Landwirtschaft so in Gang zu bringen, wie es notwendig ist.

Rußland ist weder ein Paradies noch eine Hölle. Die Nahrungsmittel sind billiger, Kleidungsstücke teurer, es gleicht sich aus. Vorteile haben die qualifizierten Arbeiter, an denen es in Rußland noch mangelt. Die ungelernten Arbeiter sind etwas schlechter daran.

Man muß sich wundern, wie der Sowjetstaat es fertiggebracht hat, Rußland zu dem zu machen, was es heute ist.

Überall sieht man Neubauten. Obwohl in den Industriewerken die technischen Einrichtungen noch rückständig sind, ist auf der anderen Seite eine großzügige Planwirtschaft im Werden.

Die sozialen Einrichtungen sind hervorragender als unsere. Jeder Arbeiter erhält einen Monat Urlaub bei vollem Lohn. Diesen kann er in Erholungsheimen verleben. Das einzige gute, was die Zarenherrschaft hinterlassen hat, sind die herrlichen Villen und Schlösser, in denen heute die Arbeiter sitzen und die teils zu Erholungsheimen, teils zu anderen wichtigen Einrichtungen geworden sind.

Noch mehr haben die russischen Frauen durch die Revolution gewonnen.

Ich will nur das eine hervorheben: Ist eine Frau schwanger, so darf sie zwei Monate vor und zwei Monate nach der Geburt bei vollem Gehalt beurlaubt. Ist sie wieder hergestellt, so kann sie ihr Kind in dem zu jeder größeren Fabrik gehörigem Kinderheim unterbringen. Während der Arbeitszeit kann sie dann dreimal am Tage je eine halbe Stunde ihr Kind stillen.

Man wird sich fragen, wie war es möglich, daß man in Rußland so weit gekommen ist, daß alle dieselbe Ueberzeugung gewonnen und den Sinn des eigentlichen Marxismus so schnell erfaßt haben. In Deutschland wird immer davon gesprochen, daß die Menschen noch nicht so weit sind, um den Marxismus zu erfassen. Die Erklärung liegt in der Aufklärungsarbeit. Wenn man in Rußland die Betriebe, Schulen und sonstigen Institutionen besichtigt, fällt einem besonders die **Erziehungsarbeit** auf, die von der Regierung geleistet wird. **Rußland war das Land der Analphabeten und jeder Arbeiter, der Analphabet ist, hat jetzt in seinem Betrieb Gelegenheit, Lesen, Rechnen und Schreiben zu lernen.** Dieselbe gilt in der Roten Armee für die Bauern. Die allgemeine Schulpflicht kann wegen der Entfernungen noch nicht durchgeführt werden. Die roten Ecken, die in jedem Betrieb, in der Armee vorhanden sind, schaffen Aufklärung. Dort kann sich der Arbeiter während der Pausen durch reichhaltige Bibliotheken, Zeitungen usw. unterhalten. Jeder Betrieb ist ein Ganzes, für sich abgeschlossen. Manche Großbetriebe bilden sogar kleine Städte.

Nun ist viel Streit bei uns über

die Diktatur in Rußland.

Es heißt einen sagen: „In Rußland regiert das Proletariat." Die Anderen behaupten: „In Rußland wird das Proletariat von einer kleinen Kaste beherrscht", in Rußland herrsche die Diktatur über das Proletariat. Wer das glaubt, hat keine Ahnung von den russischen Verhältnissen. Wenn in Rußland über das Proletariat diktiert würde, müßte diese Diktatur zusammenbrechen.

Die Politik der Sowjetregierung kann sich nur halten, weil sie sich auf die breiten Massen stützt. Der Führer, der die Basis verliert, muß fallen, denn seine Macht beruht nur auf dem Kontakt mit der breiten Masse. Rußland ist von einer Welt von Feinden bedroht und es hält sich nur, weil es einen so starken Zusammenhalt hat. Der größte Teil der Massen ist von der sozialistischen Weltanschauung überzeugt, trotzdem es nur einen kleinen Teil Kommunisten gibt.

Die **Kommunistische Partei** ist sehr vorsichtig in ihrer Auswahl. Wer in die Kommunistische Partei eintreten will, wird durchschnittlich erst zwei Jahre Kandidat. In dieser Zeit muß er eine vollständige Schule durchmachen, um ein guter Parteiarbeiter zu werden. Seine Mitgliedschaft bringen ihm keine persönlichen Vorteile, sondern Nachteile. Viele sind deshalb parteilos, weil sie nicht fähig sind, die angestrengte Arbeit in der KP. zu machen. Man braucht nicht etwa zu denken, daß sie mit dem Regime nicht einverstanden wären. Das ist nicht der Fall. Wenn ein Parteiloser für ein Vergehen bestraft wird, wird er nach dem Gesetz bestraft; einen Kommunisten trifft für dasselbe Vergehen die zehnfache Strafe.

Die Betriebe werden von Arbeitern geführt. Neben dem Betriebsrat ist der sogenannte rote Direktor. Die roten Direktoren werden gewählt. Ist ein solcher Direktor nicht befähigt, einen Betrieb zu leiten, so hat er sein Amt niederzulegen, um den Betrieb nicht heruntzuwirtschaften. Tut er das nicht, so kann das schlimme Folgen für ihn haben. **Die höchsten Gehälter vom obersten Staatsangestellten an sind nicht höher als 220 Rubel.** In den Rayons sind sie noch niedriger. Technisch qualifizierte Arbeiter und Angestellte verdienen oft mehr.

Rote Armee und Marine

Unser Eindruck von der Roten Armee und der Roten Flotte war ein vorzüglicher. Wir hatten Gelegenheit, die russischen Kreuzer bei Kronstadt zu besichtigen und fanden diese hervorragend eingerichtet. Erfreulich ist das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Mannschaften. Es ist schwer geworden für uns, einen Unterschied zu finden. Obwohl im Dienst eine straffe Disziplin herrscht, ist das Verhältnis untereinander bemerkenswert. Es gibt nur eine Anrede und das ist: „Towarisch", d. h. auf deutsch: Genosse, und wird bei jedem angewendet. Uns wurde von jedem die Auskunft gegeben, die wir forderten, bis auf eine Frage, die uns der Kommandeur der Flotte nicht beantwortete, und die von uns auch als sehr unklug gehalten wurde. Ein Genosse fragte nämlich: Wieviel solcher Kreuzer Rußland wohl hätte? In Sibirien besuchten wir die Rote Armee und mußten dort das gleiche Verhältnis wie in der Roten Flotte feststellen. Es ist uns aufgefallen, daß die russischen Soldaten sich Deutschland einfach nicht vorstellen konnten. Wir wurden nämlich gefragt, warum in unserer Delegation keine Soldaten und Offiziere wären. Sie halten es für selbstverständlich, daß auch bei uns in Deutschland das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Armee ein ebensolches ist, wie in Rußland.

Gewerkschaften und Genossenschaften

Die Betriebe werden getragen von den Gewerkschaften. **Es ist falsch, wenn man sagt, die Gewerkschaften in Rußland hätten keine Bedeutung. Ich habe mich gewundert, welch großen Einfluß gerade die Gewerkschaften haben. In den Gewerkschaften sind 90 Prozent aller Arbeiter organisiert, und zwar nicht, wie behauptet wird, mit Terror organisiert.** Der Russe ist an und für sich ein Mensch, der mehr Ausdauer im Aufklären hat und sich weniger terrorisieren läßt.

Die Gewerkschaften sind auch das Fundament des **Genossenschaftswesens.** Es ist anders als bei uns in Deutschland, wo die Genossenschaften gegen den Kapitalismus kämpfen müssen. In Rußland erhalten sie Erleichterungen durch den Staat. Die Genossenschaften haben großzügige Speisehäuser, Fabriken usw. Das Genossenschaftswesen macht sich nicht nur im Konsum breit, sondern auch in **Wohnungsfragen.**

Es gibt dreierlei Arten des Wohnungsbaues: Einmal der kommunale Wohnungsbau, der genossenschaftliche Wohnungsbau und der Betriebswohnungsbau. Wenn ein Betrieb große Ueberschüsse hat, wird darüber verhandelt, wie man Kinderheime einrichtet, Ambulatorien ausbaut usw. Man kann feststellen, daß dort, wo große Fabriken sind, der kommunale Wohnungsbau zurücktritt. In anderen Gegenden wird wieder mehr von den Kommunen und den Genossenschaften gebaut. Die Miete der Wohnungen beträgt 2 bis 10 Rubel pro Monat. Wir haben uns gewundert, wie man es fertig bringt, trotz der hohen Baukosten diese niedrigen Mieten zu zahlen. Und dann ein wichtiges Moment: die Mieten werden nicht gezahlt nach der Größe der Wohnung, sondern nach dem Verdienst.

Wir haben den russischen Genossen den Vorwurf der großen Staffelung unter den **Löhnen** gemacht. Wir erhielten darauf verschiedenerlei Antworten. Die Staffelung ist begründet in der Verschiedenartigkeit der einzelnen Arbeiten. Der Vertreter des Handelskommissariats erklärte uns: Unsere Aufgabe ist nicht bloß, höhere Löhne zu zahlen, unsere Aufgabe ist, die Lebenshaltung besser zu gestalten und das ist auch die Aufgabe der Gewerkschaften. Also man muß nicht nur die Löhne in Betracht ziehen, sondern auch die Lebenshaltung des Arbeiters.

Rußland ist ein Arbeiterstaat. Die absolute Macht basiert auf dem guten Kontakt der Führer mit der Masse. Ich behaupte nach dem, was ich dort gesehen habe, daß in Rußland die Diktatur über das Proletariat nicht vorhanden ist, daß diese zusammenbrechen müßte, in dem Moment, wo sie eintreten würde.

Die Gefängnisse in Rußland sind anders ausgebaut als bei uns. Auch dort wird in jeder Hinsicht Erziehungs- und Kulturarbeit geleistet.

Zum Schluß möchte ich sagen: Es gibt in Rußland Gutes und Schlechtes, und der Russe ist viel zu ehrlich, um das Schlechte zu verdecken. Uns wurde jedesmal gesagt: „Seht Euch das Schlechte und das Gute an." Und wenn man das konsequent und ohne Beeinflussung tut, kommt man zu dem Resultat: Das Schlechte datiert von früher und das Gute hat die neue Regierungsform geschaffen. Wenn auf der einen Seite behauptet wird, Rußland ist unkultiviert, so stimmt das, wenn auf der anderen Seite das Gegenteil behauptet wird, so stimmt das auch. Es kommt nämlich auf die richtige Schlußfolgerung an. Man kann eine Weltanschauung haben, wie man will, aber

zugegeben muß werden, daß es in Rußland vorwärts geht, daß die Arbeiterschaft die absolute Macht hat, daß sie den Staat regiert für den Arbeiter, daß es keinen angesehenereren Menschen gibt als den Arbeiter.

Wir wünschen unseren Genossen in Rußland nur Erfolg, daß sie der vorbildliche Staat für die Kultur der ganzen Welt werden.

Die Ausführungen des Kollegen Habermann fanden unter den nahezu 500 Anwesenden ungeteilten Beifall. Die Resolution wurde, auch von den anwesenden sozialdemokratischen Arbeitern, einstimmig angenommen.

Unter dem gemeinsamen Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" fand diese eindrucksvolle Kundgebung ihren Abschluß.

Resolution

„Die am 23. September in Ammendorf nach Arbeitsschluß versammelten Arbeiter der Ammendorfer Großbetriebe begrüßen den durchaus objektiven Bericht ihres Kollegen Habermann über die Lage der Arbeiterklasse der Sowjetunion. Sie sind der Meinung, daß nur der Weg des russischen Proletariats die Arbeiterklasse der ganzen Welt von den Fesseln des Kapitalismus befreien kann. Die internationale Gewerkschaftseinheit und der Kongreß der Werktätigen sind wichtige Etappen auf diesem Wege, sie sind Vorbedingungen zur Herstellung der einheitlichen revolutionären Kampffront des Proletariats gegen die Kapitalistenklasse. Die Ammendorfer Arbeiter aller Parteirichtungen fordern daher von dem ADGB. und dem Internationalen Gewerkschaftsbund, daß sie sich für die Herausbildung der internationalen Gewerkschaftseingeit mit aller Kraft einsetzen, vom ADGB. insbesondere, daß er seine ablehnende Haltung dem Kongreß der Werktätigen gegenüber einstellt und die Bewegung der Arbeiterschaft gegen die Rationalisierung durch Aufforderung zur Teilnahme am Kongreß der Werktätigen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützt.

Es lebe die internationale Gewerkschaftseinheit!

Es lebe der Kongreß der Werktätigen!

Es lebe die Befreiung der Arbeiterklasse von den Fesseln des Kapitalismus!

Es lebe der erste Arbeiterstaat — Sowjet-Rußland!

Heraus zum Roten Tag in Torgau am 26. September!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0001

Rüstet zur mitteldeutschen Erwerbslosen-konferenz!

Erwerbslose Männer und Frauen! Betriebsräte! Gewerkschaftskollegen!

Der Bezirkserwerbslosenausschuß für Halle-Merseburg ladet hierdurch zur

mitteldeutschen Erwerbslosenkonferenz

am Sonntag, dem 26. September, vormittags 10 Uhr, in Halle, „Volkspark" (kleiner Saal), ein.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Die Wirtschaftslage und die Erwerbslosen.
2. Die Lösung der Erwerbslosenfrage, Programm der Schwerindustrie und der Regierung oder Klassenkampf.
3. Stellungnahme zum Landeskongreß der Werktätigen.

Als Delegationsmodus hat der Bezirksausschuß festgelegt: **Bis zu 100 Erwerbslose 1 Delegierter, bis zu 1000 Erwerbslose 2 Delegierte, über 1000 Erwerbslose 3 Delegierte.**

Die Unkosten für die Delegationen sind durch freiwillige Beiträge (Sammlungen) zu tragen. **Wir erwarten, daß alle Erwerbslosen des Bezirks ihre Vertretungen entsenden und dadurch an der Zusammenfassung aller Erwerbslosen zum Kampf gegen die Verelendung wirken.**

Darüber hinaus fordern wir die Gewerkschaftskollegen und die Betriebsräte der Großbetriebe auf, daß auch sie zur Konferenz Stellung nehmen und Vertretungen entsenden aus der Erkenntnis, daß Erwerbslose und Arbeiter im Produktionsprozeß zusammengehören und gemeinsam den Kampf führen müssen.

J. A.: Friedrich Hecht, Weißenfels, Marienstraße 48.

Was erwarten die Arbeiter von der Bezirks-Erwerbslosenkonferenz?

J. R. Am Sonntag kommen in Halle aus dem ganzen Bezirk Erwerbslose, Betriebstätige und Gewerkschaftsvertreter zusammen. Der Bezirks-Erwerbslosenausschuß in Weißenfels hat auch die Betriebstätigen und Gewerkschaften zu der von ihm einberufenen Erwerbslosenkonferenz geladen. Das geschah in der richtigen Erkenntnis, daß die Nöte der Erwerbslosen nur von der Arbeiterklasse als Ganzes beseitigt werden können, nur im vereinten Vorgehen der verschiedenen vom Unternehmertum durch Lohn- und Erwerbslosenstaffelung bewußt auseinandergetriebenen Schichten, und daß die Ursachen der Massenerwerbslosigkeit dieselben sind wie die des immer stärker einsetzenden Raubbaues an den noch Beschäftigten.

Wohl haben in den letzten Wochen im Reich und auch im Bezirk Halle-Merseburg in verschiedenen Industriezweigen einige Neueinstellungen Platz gegriffen. Wohl geht — während zugleich Tausende aus der Erwerbslosenfürsorge ausgesteuert und völliger Verzweiflung preisgegeben werden — die Zahl der Arbeitsuchenden auf den Arbeitsnachweisen etwas zurück. Aber die Grundlagen für ein **bleibendes Heer von Arbeitslosen**, die als lohndrückendes Gespenst an den Fabriktoren auf Arbeit lauern, sind nicht hinweggeräumt. Sie können im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsverhältnisse nicht hinweggeräumt werden!

Die **Rationalisierung** in unserem Bezirk ist im letzten Jahre weit vorwärts geschritten. In der Metallindustrie, im Bergbau, in der Landwirtschaft, am stärksten in der chemischen und Elektro-Industrie haben Erfindungen und neue Maschinen, hat auch eine neue Betriebsorganisation unzählige Arbeitskräfte freigesetzt. Dieses Erwerbslosenheer verringert sich nicht, sondern es steigt mit der zunehmenden Rationalisierung, die nach wie vor im Programm der Unternehmer steht. Der Scharfmacher Silverberg von der Rheinischen Braunkohlen-A.-G. hat auf der Industriellentagung in Dresden ausdrücklich die Fortsetzung der Rationalisierung proklamiert. Weitere Aussteuerung von Arbeitslosen, **völliger Abbau der Erwerbslosenfürsorge**, wie es auf dem Lande bereits gang und gäbe ist, gehören mit in das Programm.

Durch diese Rationalisierung wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte zu werden und Absatzmärkte zu finden, ist das Bestreben der mitteldeutschen Industriekönige genau so wie derer im übrigen Reich und derer in England, Frankreich und allen übrigen kapitalistischen Ländern. Sie brauchen den Weltmarkt und können sich dort nur unterbieten, wenn sie durch Zölle und Monopole, wie das unsere Großagrarier und Industriellen ständig verlangen, im Inlande die Preise künstlich hochhalten und steigern. Daß sie auch diese Methoden mit Erfolg anwenden, beweist die langsam, aber stetig wachsende Teuerung.

Es ist deshalb eine **Irreführung der Arbeiter**, wenn die sozialdemokratischen ADGB.-Führer sie auf eine „im eigenen Interesse der Kapitalisten liegende" und in den Parlamenten zu beschließende Erhöhung der Löhne und damit Steigerung des Inlandabsatzes und Behebung der Massenarbeitslosigkeit sowie Einführung des Achtstundentages oder noch weiter verkürzter Arbeitszeit vertrösten. **Nur ein Kampf gegen die Großindustriellen, Großagrarier und gegen die allmächtigen Banken**, nur durch eine fest organisierte Arbeiterklasse, nur in einer **großen klassenbewußten Einheitsfront aller Werktätigen**, um die Enteignung der Großindustriellen, Großgrundbesitzer und Banken, nur im gemeinsamen Kampfe um Brot und Arbeit kann die jetzige Notlage der Massen beseitigt, kann die Krise gelöst werden.

Wenn in diesem Augenblick im Bergbau und in anderen Industrien Neueinstellungen vorkommen und die Kurzarbeit im Metall- und Schuhgewerbe in Vollarbeit übergeführt wird, so ist dieser Augenblick besonders geeignet zur Ausnützung **gewerkschaftlicher Kämpfe um Verkürzung der Arbeitszeit und höherer Löhne**, die auch im Interesse der Erwerbslosen liegen und auf die auch diese eingestellt sein müssen.

Die Erwerbslosenkonferenz am Sonntag wird den Weg suchen müssen, die breiten Massen zu diesen Kämpfen **zu sammeln und zu organisieren**. Sie wird erneut die Forderung auf **sofortige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung** und Aufhebung der Karrenzzeit erheben müssen. Die Erwerbslosen erwarten praktische Vorschläge der **Arbeitsbeschaffung, womit auch das Interesse** der Kommunen an der Erwerbslosenkonferenz und ihrer Einbeziehung in die Kampfesfront gegeben ist.

Im Reiche und auch in unserem Bezirk rüstet die Arbeiterschaft und im Bündnis mit ihr Kleinbauern- und Kleinbürgertum zu einem Reichskongreß der Werktätigen. Die Erfahrungen der Volksentscheidskampagne, daß eine **einheitliche, organisierte Front aller Werktätigen** notwendig und **möglich** ist, daß diese ausgebaut und gefestigt werden muß, zeigt in dieser Mobilisierung ihre Früchte. Dem Reichskongreß gehen **Landeskonferenzen** voran, um in den einzelnen **Wirtschaftsgebieten eine einheitliche Front zu schmieden. Die Bezirkserwerbslosenkonferenz** hat also auch zu einem **mitteldeutschen Landeskongreß** Stellung zu nehmen. Sie hat den verschiedenen Schichten der Werktätigen in Stadt und Land, von der Notlage der Erwerbslosen ausgehend, Kampfesvorschläge zu unterbreiten, die dann auch auf dem Landeskongreß zur **Debatte** stehen.

Von allen Seiten muß die Front sich schließen: **Erwerbslose, Betriebstätige, Gewerkschaften, Genossenschaften und Kommunen sind die Träger der sich festigenden Einheitsfront gegen die kapitalistische Ausbeutung. Sie alle müssen auf der Erwerbslosenkonferenz sich zusammenfinden.**

Der Silverberg-Kurs — das Werk des Chemietrusts

Als Silverberg seine berüchtigte Rede auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielt, da wiesen wir schon auf die Verbindung zwischen Silverberg und dem deutschen Chemietrust der JG. hin. Silverberg ist Generaldirektor der Rheinischen Braunkohlen-Aktien-Gesellschaft. In der letzten Zeit waren auf der Börse wiederum Gerüchte verbreitet, wonach eine Verschmelzung zwischen der JG. und den Rheinischen Braunkohlenwerken A.-G. geplant sei. Obzwar diese Meldungen bis jetzt von dem Chemietrust eifrig dementiert werden, wird andererseits das „freundschaftliche Verhältnis" zwischen den beiden Konzernen betont. Tatsache ist, daß der Chemietrust schon heute einen weitgehenden Einfluß auf das rheinische Braunkohlenkapital ausübt.

In der Tat wurde Silverbergs Rede und das Angebot an die Sozialdemokratie, den Klassenkampf aufzugeben, von den Chemiegewaltigen veranlaßt.

Dies geht unzweifelhaft aus einem Interview hervor, das der Generaldirektor der JG., Karl Bosch, dem Mitarbeiter der „B. Z. am Mittag", Walter Moskowski, gewährte. In diesem ziemlich unbeachtet gebliebenen Interview, das aber die politische Situation grell beleuchtet, heißt es wörtlich:

„Es ist sicher kein Zufall, daß wir in der chemischen Industrie, die seit Jahrzehnten bereits in der ersten Reihe der deutschen produzierenden Wirtschaft steht, **politisch nie die Rolle angestrebt haben, die die rheinisch-westfälische Schwerindustrie seit Jahrzehnten traditionell zu spielen sich berufen fühlt. (!) Wir haben** nie die Herrenpolitik mitgemacht. **Auf dem Wege der Verständigung, sowohl mit unserer Arbeiterschaft, der wir nie das Unternehmertum entgegengesetzt haben (?!), als auch mit unserer** ausländischen Konkurrenz haben wir die größten Erfolge erzielt. **Ich bin, abgesehen vom** sozialen Empfinden, immer ein **Anhänger des Gedankens gewesen, daß der Arbeiter gut verdienen muß, um als Verbraucher auf** dem Markt zu erscheinen, denn eine Massenproduktion ist nur bei Massenverbrauch möglich."

Andächtig lauscht der Spießer den Worten der großen Chemiekönige. Aber auch der Arbeiter kann manches daraus lernen. **Das Programm Silverbergs ist in diesen Sätzen klar enthalten.** Gerade die Betonung der angeblichen unpolitischen Rolle des Chemietrusts **ist außerordentlich** interessant. Jetzt, wo der Chemietrust die politische Führung in Deutschland an sich reißt, jetzt beginnen sie ihre unpolitische Gesinnung zu unterstreichen. Der Seitenhieb gegen die rheinisch-westfälischen Industriellen weist auf den Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden mächtigen Gruppen hin.

Es erübrigt sich, ein Wort über den frivolen Zynismus zu sagen, mit dem sich Bosch als Freund der Arbeiterschaft aufspielt. Die Leunaproleten kennen allzugut das soziale Empfinden der JG.-Direktion aus der Praxis. Wichtig ist aber, festzuhalten, daß **die ganze Silverberg-Rede das Angebot an die Sozialdemokratie das strategische Manöver ist, mit dessen Hilfe der Chemietrust die politische Führung den rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen zu entreißen versucht.** Dabei sekundieren ihm Leipart und der SPD.-Vorstand nach Kräften.

Zechenbarone und Regierung lehnen die Vorschläge der englischen Bergarbeiter ab

Vorschläge der Bergarbeiter

London, 23. September.

Die vom Exekutivausschuß des Bergarbeiterverbandes der Regierung unterbreiteten Vorschläge sehen folgende Regelung vor: Die Bergarbeiter geben ihre Zustimmung zu einer vorläufigen Regelung, nach welcher sie die Arbeit sofort wieder aufnehmen, wenn die Siebenstundenschicht beibehalten bleibt und wenn eine Lohnskala eingeführt wird, die nicht geringere Löhne vorsieht, als die durch das Reglement von 1921 festgelegten Löhne. Eine endgültige für das ganze Reich gültige Regelung wird sodann von einem Schiedsgericht ausgearbeitet werden, das die Lohnskala und die Durchführung der Reorganisation der Kohlenindustrie gemäß dem Vorschlage der Kohlenkommission bestimmt. Der Exekutivausschuß vertagte sich auf Montag.

Vorschläge der Bergarbeiter durch die Zechenbesitzer abgelehnt

London, 23. September.

Wie verlautet, werden **die letzten Vorschläge des Bergarbeiterverbandes von den Zechenbesitzern als unannehmbar bezeichnet, da die Lage der Industrie Löhne über die des Abkommens von 1921 und die** gleichzeitige **Rückkehr zu einem Siebenstundentag nicht** zulasse. **Die Zechenbesitzer lehnen nach wie vor ein nationales Abkommen ab und verlangen eine Regelung, die die wirtschaftliche Fähigkeit jedes Distriktes** berücksichtigt. Wie verlautet, wird die Regierung in ihrer morgigen **Sitzung erwägen, welche Lage sich daraus ergibt, daß die Vorschläge der Bergarbeiter nach ihrer Ansicht und der der Zechenbesitzer keine Grundlage für eine Regelung der Streitigkeiten im Bergbau bieten.**

Die Stellung der englischen Regierung

London, 24. September.

Wie Reuter mitteilt, wird sich das Kabinett heute mit den Vorschlägen der Bergarbeiter zur Beilegung des Streiks befassen. Die offizielle Meinung der englischen Regierung wird von den englischen Telegraphenbureaus dahin ausgelegt, daß die Regierung die Vorschläge der Bergarbeiter als nicht genügend betrachten wird.

Die Verhandlungen sind also wieder an dem toten Punkte angelangt. Das Angebot der englischen Bergarbeiter ist von den englischen Zechenbesitzern mit einer nicht zu unterbietenden Brutalität abgelehnt worden. Die englische Regierung läßt ebenfalls durch ihre Telegraphenbureaus mitteilen, daß sie die Vorschläge der englischen Bergarbeiter für nicht genügend betrachtet. Sie wird erst heute offiziell dazu Stellung nehmen und genau angeben, wie sie die Kapitulation der Bergarbeiter im einzelnen durchgeführt wünscht. Aus der Stellung der englischen Regierung zum englischen Bergarbeiterstreik kann man genau erkennen, wie Zechenbesitzer und Regierung das gleiche Spiel mit verteilten Rollen betreiben. Während die Zechenbesitzer immer dieselbe Forderung erheben ohne jede Konzession, versucht die englische Regierung durch eine bewegliche Taktik die Bergarbeiter zu zermürben. Hat sie durch diese Taktik bei den Bergarbeitern eine Konzession erreicht, springt sie wieder zurück, um so die Bergarbeiter immer mehr den Zechenbesitzern in die Arme zu treiben.

Zechenbesitzer und Regierung lehnen die Vorschläge der Bergarbeiter ab. Es bleibt den Bergarbeitern nichts anderes übrig, als weiterzukämpfen. Wir als Kommunisten werden den Bergarbeitern in England geloben, in verstärktem Maße Herolde der Solidarität zu sein, die gesamte Arbeiterschaft unermüdlich für die Hilfe der englischen Brüder zu mobilisieren.

„Volksbote" und kommunistischer Volkskalender

Ist unser Kalender bürgerlich-christlich? Eine Preisfrage! Prüft selbst!

Unter der Ueberschrift: „**Ein christlich-kommunistischer Volkskalender**" veröffentlicht der „Volksbote" der letzten Tage eine Schimpfepistel gegen unseren vor wenigen Tagen erschienenen Volkskalender für das Jahr 1927. Der „Volksbote" schreibt wörtlich: „Bei näherem Zusehen stellt sich heraus, daß sich der Kalender auf der Titelseite wohl kommunistisch nennt, **sich aber von einem bürgerlich-christlichen Kalender nicht unterscheidet.**" Als Beweis hierfür wird angeführt, **daß im Kalendarium für 1927 die christlichen Feiertage verzeichnet sind**, an denen die werktätige Bevölkerung insofern **ein Interesse besitzt, als sie an diesen Tagen gemeinhin nicht zu schuften hat.** Ein Kalendarium hat die Pflicht, auf die Tatsache der freien Tage aufmerksam zu machen. Der „Volksbote" behauptet, unser Kalender unterscheide sich nicht von einem bürgerlich-christlichen Kalender. **Wir raten jedem sozialdemokratischen Arbeiter, besonders jedem „Volksboten"-Leser, diese Behauptung des „Volksboten" durch Kauf des Kalenders persönlich nachzuprüfen.** Prüft also selbst die Behauptung des „Volksboten" nach! — Dem „Volksboten" aber sind wir **dankbar für seine interessante Behauptung**, die gewiß manchen seiner Leser, die sonst nie einen kommunistischen Kalender gekauft hätten, veranlaßt, einmal nachzuprüfen, **wie denn der „christlich-bürgerliche Kalender" der Kommunisten ausschaut.**

„Der Kapitalismus in Sowjet-Rußland marschiert"

Tagtäglich liest man diese Behauptung in der bürgerlichen sowie in der sozialdemokratischen Presse. Nicht zuletzt in der Stahlhelm-Zeitung Halles, in der „**Allgemeinen Zeitung**". In der gestrigen „**Allgemeinen Zeitung**" nun lesen wir folgende Notiz:

„In Sowjet-Rußland wurden die Einkommensteuergebühren für Personen, die als Nichtangestellte tätig sind, um 5 Prozent, für die nichtwerktätigen Elemente um zirka 32 Prozent erhöht."

Ob diese Meldung nach Förderung des Kapitalismus in Rußland ausschaut? Wir sind der Meinung, daß sie das Gegenteil besagt, nämlich, daß die Sowjetregierung die noch vorhandenen kapitalistischen Elemente **sehr scharf an die Kandare nimmt.** Man straft sich oft selbst Lügen, ehe man sich's versieht!

Verhandlungsbeginn in der mitteldeutschen Metallindustrie

Der DMV. Halle berichtet bei Redaktionsschluß:

Die im Juli vertagten Verhandlungen über Arbeitszeit und Manteltarife der Tarifgebiete Halle-Magdeburg-Anhalt werden am Dienstag, dem 28. September, wieder aufgenommen. Da am 2. Oktober automatisch die Lohntafeln ablaufen, und die Löhne in Anbetracht der Zeitverhältnisse als sehr niedrig zu bezeichnen sind, hat der DMV. Lohnforderungen gestellt, über die bereits am Montag, dem 27. September, verhandelt wird. Der Höhepunkt der Wirtschaftskrise in der Metallindustrie ist überschritten, die Verhältnisse des DMV. in organisatorischer und finanzieller Beziehung haben sich in den letzten Wochen erheblich gebessert, so daß die Metallarbeiter den Entscheidungen des hallischen Schlichtungsausschusses und evtl. Maßnahmen der Metallindustriellen getrost entgegensehen können.

Wir kommen morgen auf die Angelegenheit zurück.

„Ein tüchtiger Minister"

Jahnkes Urteil über Severing

In der letzten Sitzung des Femeausschusses machte der deutschnationale Abg. **Jahnke** Aussagen über die Diktaturbestrebungen im Herbst 1923. Er erklärte, daß im Herbst 1923 eine Menge Besprechungen über eine „Umbildung der Regierung mit Hilfe der Reichswehr" stattgefunden haben, **an denen die Herren Minoux, General v. Seeckt und Reichspräsident Ebert teilnahmen.** Auf die Frage, ob er über die Mordpläne gegen Stresemann und Severing informiert gewesen sei, erklärte Jahnke, er habe allerdings „Bescheid gewußt", aber **„er habe Severing nicht ermorden wollen, da er ihn für einen tüchtigen Minister halte, von dem er nur bedaure, daß er nicht im Lager der nationalen Verbände stehe".**

Kommunisten werden verhaftet

(Eig. Drahtm.) Stuttgart, 24. September.

Der Genosse Max Hammer von der Redaktion der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" ist wegen seiner Rede auf dem Internationalen Jugendtag, die hochverräterisch gewesen sein soll, verhaftet worden. Außerdem wurden vier Jugendgenossen aus demselben Grunde verhaftet.

Politische Randbemerkungen

„Hörsing als Bierzipfel". In der neuesten Nummer der „Jungsozialistischen Blätter", der offiziellen Zeitschrift der „Jungsozialisten", wird ein interessanter Artikel von P. Bieligk (Plauen) unter der Ueberschrift „Der Organisationswirrwirr" veröffentlicht, dem wir folgendes interessante Schlaglicht entnehmen. Bieligk schreibt wörtlich: „Als im vorigen Monat im Lande der Bayern das zum Schutze der Republik unentbehrliche „Reichsbanner" (Bieligk meint dies ironisch. D. Red.) ein Verfassungsfeier beging, da wußte es, was es dem bayrischen Volkscharakter und einer republikanischen Ueberzeugung schuldig war: Es wurden schwarzrotgoldene Bierzipfel mit dem Porträt des Bundespräsidenten Hörsing umgesetzt! Seitdem marschiert die Republik: Hörsing als Bierzipfel! Und wer zweifelt nun noch daran, daß die Arbeiterbewegung eine Kulturbewegung ist?" Bieligk hat schon recht. Für die Arbeiterschaft gilt der Spruch: „Hütet Euch vor der Gemütlichkeit, denn die Schweinerei (die politische) folgt ihr auf dem Fuße nach!"

O, hättest Du geschwiegen! Das „Berliner Tageblatt" hatte vor einigen Tagen im Feuilleton einen Artikel veröffentlicht, in dem es sich heftig gegen die Massenproduktion nationalistischer Filme wandte und eine, wie es angab, vollständige Liste dieser nationalistischen Filme aufzählte. Der „Film-Kurier" von gestern bringt nun eine kleine Bemerkung unter der Ueberschrift „Unvollständige Liste „nationalistischer" Filme" und schreibt wörtlich: „In der Liste nationalistischer Filme, die im Feuilleton des „Berliner Tageblattes" am Sonntag veröffentlicht worden ist, fehlt ein beachtenswerter Film. Es handelt sich um einen Porten-Film: „Königin Luise". Das Manuskript stammt von Fred Hildenbrandt, Feuilletonredakteur des „Berliner Tageblattes". Ja, ja, man muß eine weiße Weste haben, wenn man gegen die Reaktion kämpfen will.

Teutsche Frauen für den Krieg. Der Königin-Luise-Bund, die faschistische Frauenorganisation, betrachtet sich als eine Organisation, die die Frauen für einen künftigen Revanchekrieg gewinnen will. Der Gau Thüringen hielt kürzlich eine Tagung ab, auf der die befreundeten Organisationen Begrüßungsansprachen hielten. **Es waren da vertreten der Stahlhelm, der Alldeutsche Verband des Justizrats Claß, der Katholische Frauenbund, die Schwestern**schaft des Jungdeutschen Ordens und schließlich der gelbe Gewerkverein der Heimarbeiterinnen. Im Mittelpunkt der Tagung stand der Grundsatz: Deutsche Frauen, stärkt den Geist der Wehrhaftigkeit. **Alle** Reden und Begrüßungsansprachen waren in diesem **Sinne gehalten.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0002

Aus der Partei

11. Parteitag der KPD.

Das Zentralkomitee der KPD. beruft den 11. Parteitag zum November bis 1. Dezember nach Essen mit folgender Tagesordnung ein:

1. Politischer und organisatorischer Bericht des Zentralkomitees. (Referent: Genosse Braun.)
2. Der sozialistische Aufbau und die Politik der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. (Referent: Genosse Dengel.)
3. Der Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr, die Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD. (Referent: Genosse Thälmann.)
4. Die Partei und der Kommunistische Jugendverband. (Referent: Genosse Geschke.)
5. Die Arbeit in den außerparteilichen Massenorganisationen. (Referent: Genosse Schneller.)
6. Anträge und Wahlen.

Zur Parteidiskussion:

Das ZK. gibt in den nächsten Tagen eine Broschüre über Rußland heraus, die umfangreiches Material über die politische und ökonomische Lage Rußlands enthält. Wir empfehlen allen Genossen diese Broschüre zum Kauf, da sie wertvolle Aufschlüsse über die tatsächliche Lage in Rußland bring[t].

Diese Broschüre ist zum Preise von 0,50 Mk. gegen Voreinsendung des Betrages vom Zentralkomitee der KPD., Geschäftsabteilung, Berlin C. 54, Rosenthaler Straße 38, zu beziehen. (Postscheckkonto: [Hu]go Eberlein, Berlin Nr. 30 439.)

Wir bitten alle Zellenleiter, Ortsgruppen-, Unterbezirks- und Bezirksleitungen, sofort Umfrage zu halten, wie viele Exemplare der Broschüre benötigt werden, die Gelder zu kassieren und auf das Postscheckkonto einzusenden.

Pommersche Bauern gegen den Landbund

5 bäuerliche Kreistagsabgeordnete aus dem Landbund ausgeschlossen

Im Kreise Kammin in Pommern sind auf Betreiben des Vorsitzenden des Pommerschen Landbundes, v. Flemming-Patzig, fünf [werk]tätige Bauern, von denen zwei Mitglieder des engeren Vorstandes der Kreisgruppe Kammin und einer sogar der Herausgeber der Landbundzeitung des Kreises sind, aus dem Landbund ausgeschlossen worden. Der Vorgang beleuchtet so richtig die Abhängigkeit des Reichslandbundes von den Rechtsparteien und die absolute [Herr]schaft der Großagrarier. Die fünf Kreistagsabgeordneten [hatte]n bei der Besetzung der Steuerausschüsse Vorschläge gemacht, die dem Vertreter der Großagrarier, v. Flemming, nicht paßten. [Er r]eichte Gegenvorschläge der Deutschnationalen Volkspartei ein, [so da]ß die fünf Landbundmitglieder weiterhin selbständig auftraten. [Dar]aufhin wurde in einer Vorstandssitzung des Landbundes von [dem] Herrn Großagrarier einfach mitgeteilt, die Fünf seien aus dem Landbund ausgeschlossen, und zwar auf Beschluß der Provinzialleitung der deutschnationalen Volkspartei. (!)

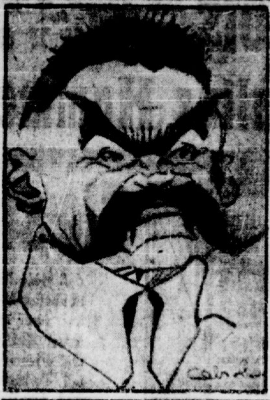
Die fünf Kreistagsabgeordneten haben sich in einem Flugblatt an die Pommersche Bauernschaft gewandt, in dem sie hinter die Kulissen leuchten und erklären:

„Eine Berufung gegen den Ausschluß beim Vorstand des Pommerschen Landbundes legen wir nicht ein, da wir diese für aussichtslos halten, denn dort ist Herr v. Flemming-Patzig Vorsitzender."

Die Kreistagsabgeordneten haben damit zweifelsohne recht. Die Kleinbauern müssen überall die Konsequenzen aus der Herrschaft der Großagrarier im Landbund ziehen und sich zu eigenen kleinbäuerlichen Organisationen zusammenschließen. Der Reichsbund der Kleinbauern, der in der Lausitz (Sitz Bautzen) einen [Lan]desverein hat, ist die für sie in Frage kommende Organisation.

Bauerndoktor Heim und Tuttenhauser Bauerntag

Auch in Bayern spüren die werktätigen Bauern immer deutlicher, daß sie nur die Geschröpften der mit ihnen in denselben Organisationen sitzenden und dort herrschenden Großagrarier sind. Um die Bauern von neuem einzufangen, tritt jetzt, anläßlich des Tuttenhauser Bauerntags der berüchtigte Dr. Heim wieder auf, wettert gegen die Regierung und fordert Erhöhung des Zollschutzes, Steigerung der Getreidepreises und — die Hälfte der Summen, die für die Erwerbslosen [ausgegeben wer]d[en], in die Hände der Besitzer, da diese das Geld am [beste]n zur Gesundung der Landwirtschaft verwenden könnten. Das [sind] Forderungen, die den Kleinbauern nicht helfen und einen [neu]en Keil zwischen werktätige Bauern und Land- und Industrieproletariat treiben. Dadurch, daß er auf die Regierung schimpft, gegen die die Bauern sehr erbittert sind, will er sie fangen. Diese aber schließen sich, wie aus verschiedenen Orten Bayerns gemeldet wird, auch dort mehr und mehr mit dem ländlichen und städtischen Proletariat zusammen.



Pilsudski

Der polnische Feldmarschall, der nach seinem mit demokratischen Phrasen aufgezogenen Putsch zum Beherrscher Polens geworden ist, zeigt immer mehr seine reaktionäre Haltung. Die Faschisten, die er gestürzt hat, sind mit ihm zufrieden, weil er sowohl ihre Innenpolitik wie auch in verschärftem Maße noch ihre gegen Sowjet-Rußland gerichtete Außenpolitik betreibt. Pilsudski ist der beste Trumpf Englands im Kampf gegen die Sowjetunion.

Am Vorabend des Interventionskriegs in China

(Eig. Drahtm.) London, 24. September.

England schickt zur Verstärkung der englischen Flotte in China die im Mittelmeer stationierte englische 3. Torpedobootflottille. Die Abfuhr der Torpedoboote wurde so beschleunigt, daß sie nicht einmal Munitionsvorräte ergänzten und zwei Boote zurückgelassen wurden, um Munition nachzubringen. Die Pläne Englands, mit Japan und Amerika gemeinsam eine kriegerische Intervention in China einzuleiten, scheiterten bisher an den imperialistischen Gegensätzen. Japan sagte seine Unterstützung für den Fall zu, daß eine neue Verteilung der Interessensphäre in China stattfinden würde, wobei Japan in der Mongolei und Mandschurei besonders bevorzugt würde.

Nantschang von den Kanton-Truppen eingenommen

Der Vormarsch auf Schanghai

Schanghai, 23. September.

Nach Gerüchten, die hier seit einigen Tagen im Umlauf sind, haben die Kantontruppen unter Schangkeischek die Hauptstadt von Kiangsi, Nantschang, eingenommen.

*

London, 23. September.

Man erwarte hier bereits für die nächsten Tage entscheidende Ereignisse in Mittelchina. Die Kantonarmee hat die Vortruppen Suntschuanfangs meilenweit zurückgedrängt. Sollte Sun von der Kantonarmee geschlagen werden, so liegt für diese der Weg nach Schanghai frei. Besondere Besorgnisse erregen die Zusammenstöße in verschiedenen Städten Mittelchinas, so in Tschungking. Die Erbitterung der chinesischen Massen ist in rapidem Steigen begriffen. Die Ereignisse von Wanjhien werden in Hunderten von Massenkundgebungen erregt diskutiert.

Aus Malta sind weitere Kreuzer und Torpedoboote nach China abgegangen.

Die Lage am Yangtsekiang gestaltet sich für die Kanton-Regierung immer günstiger, woran auch die englischen Kanonenboote nichts zu ändern vermögen. Die Provinz Kiangsi ist beinahe völlig in der Hand Kantons.

*

Die englisch-chinesischen Beziehungen

Hongkong, 23. September.

Der Minister des Aeußern der Kantoner Regierung hat in einem Schreiben an den britischen Generalkonsul das Ende des Boykotts gegen den englischen Handel amtlich mitgeteilt. In dem Schreiben wird gesagt, daß die Festigkeit der englisch-chinesischen Beziehungen von der Politik Großbritanniens und deren Verständnis für das Nationalgefühl der Chinesen abhänge.

Die Genossenschaftsinstanzen wollen die Genossenschaften spalten

Wüste Hetze gegen den Kongreß der Werktätigen

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" vom 18. September hetzt aufs wüsteste gegen den Kongreß der Werktätigen und behauptet, wider besseren Willens, daß eine Propaganda für den Kongreß der Werktätigen mit dem Genossenschaftsgesetz und den Satzungen der zentralen Genossenschaftsorganisation in Widerspruch stände und daß alle Konsumvereine, wenn sie Auflösung und Ausschluß vermeiden wollten, dieser Veranstaltung sich völlig fernzuhalten hätten. Diese Spaltungsandrohung, die damit schließt: „Konsumvereine mögen kommunistische Politik treiben, so viel sie wollen, aber — außerhalb des Rahmens des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine", wird eifrig von der SPD.-Presse, natürlich auch vom „Volksblatt" abgedruckt. Diese Spaltungsdrohung der Genossenschaftsinstanzen erfolgte, weil die Konsumvereine Schwarzenberg und Suhl in Thüringen die Entsendung von Delegierten zum Kongreß der Werktätigen beschlossen hatten.

Eine vor wenigen Tagen in Remscheid stattgefundene Sitzung des Genossenschaftsrats der Konsumgenossenschaft nahm zu dem Vorgehen der Zentralinstanzen gegen die beiden Konsumgenossenschaften Stellung und nahm gegen eine Stimme folgende Entschließung an:

„Die am 18. September 1926 tagende Versammlung des Genossenschaftsrats der Konsumgenossenschaft „Einigkeit" begrüßt den Kongreß der Werktätigen. Sie erblickt in ihm den Versuch, der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampf gegen das Kapital, den alle proletarischen Organisationen unterstützen müssen. Die Versammlung protestiert auf das schärfste gegen die in der „Rundschau" vom 18. September gegen die thüringischen Brudervereine angedrohten Maßregelungen. Es ist nicht richtig, wenn in der „Rundschau" der Kongreß der Werktätigen als Mittel zur Förderung der parteipolitischen Zwecke der KPD. bezeichnet wird. Der Kongreß ist notwendig und als ein Schritt zur Sammlung aller Kräfte des Proletariats zu betrachten."

Die Remscheider Genossenschaftsfunktionäre haben mit diesem Beschluß den genossenschaftlichen Zentralinstanzen die richtige Antwort für ihre Herausforderung gegeben. Die übrigen proletarischen Konsumvereine müssen sich sofort dem Protest anschließen.

Der Kongreß der Werktätigen soll der Auftakt sein zur Sammlung aller werktätigen Massen gegen die von Monat zu Monat zunehmende Verelendung, soll eine Zusammenfassung sein, damit die werktätigen Massen sich bessere Lebensbedingungen erkämpfen. Gerade die Konsumvereine leiden heute schwer unter der Tatsache der [ger]ingen Kaufkraft der breiten Massen. Das ist eine Tatsache, die nicht weggeleugnet werden kann. Um die Kaufkraft der breiten Massen zu heben, die Erwerbslosen wieder in den Produktionsprozeß einzugliedern, dazu soll der Kongreß der Werktätigen den Auftakt bilden. Die Genossenschaftsinstanzen beweisen durch ihre Spaltungsaktion und ihre Drohungen wieder einmal, daß sie nicht die Interessen der breiten Massen wahren, sondern lediglich darauf bedacht sind, ihre eigene Stellung und ihre arbeiterfeindliche Politik zu halten. Das wird die Konsumvereine, die von klassenbewußten Kräften geleitet werden, nicht abhalten, ihre Pflicht im Interesse der breiten Massen zu tun.

---

109 Tote in Hannover

(Eig. Drahtm.) Hannover, 24. September.

Die Zahl der an Typhus Erkrankten hat sich jetzt auf 1737 erhöht, 109 Personen sind der Epidemie zum Opfer gefallen.

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Der „gnädige" Oberkirchenrat. In dem Disziplinarverfahren gegen die beiden Kasseler Pfarrer Bachmann und Schafft, die sich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten ausgesprochen hatten, lautete das Urteil der Disziplinarkammer der Kasseler Kirchenregierung auf Freispruch, nachdem der Vertreter der Anklage die geringste Ordnungsstrafe beantragt hatte.

Endgültig gescheiterte Verhandlungen. Die Verhandlungen in Dresden zwischen Deutschnationalen, Volksparteilern und der Wirtschaftspartei über eine Einheitsliste bei den Landtagswahlen sind gescheitert.

Tarifverhandlungen. Bei den Verhandlungen über den Tarif der kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaus wurde beschlossen: Für Oktober/November/Dezember eine 4prozentige Erhöhung der Leistungszulagen vorzunehmen. Die Verhandlungen mit den technischen Angestellten haben bisher kein Ergebnis gebracht.

Der tägliche Regierungswechsel in Griechenland. Der Ministerpräsident Kondylis hat seine Demission eingereicht, angeblich, um dadurch zur Herstellung des Friedens beizutragen.

[R]osa Bergers Wandlung

Der Roman einer Entwicklung

Von Otto Müller Glösa

Copyright by Kalmäuser Verlag, Raunheim

[Un]d nun hätte sie sich vorstellen können, was sich ergeben muß, [wen]n von vielen, vielen Menschen das Vorgehen dieser Art sich [...]iert. Da muß wohl oder übel jenes politische Geflecht ent[stehe]n, in dem der einfältige Mensch sich schwer zurecht zu finden [ve]rmag und nur ein Gewebe verabscheuungswürdiger Machen[schaft]en aus Lüge, Gemeinheit und Niedertracht sieht. Solche [Mens]chen vergessen freilich, wie wenig sie im Grunde berechtigt [sind,] wegwerfend und überhebend davon zu sprechen, weil jeder [sich] bewußt und unbewußt durch die Vertretung seiner Inter[essen] Fäden zieht, die sich notwendig mit den Interessen anderer [Mens]chen verstricken müssen. Wirklich erhebt sich nur der Mensch [über] den Schmutz der politischen Interessenkämpfe, der seine ganze [Kraft] zur Beseitigung des Privateigentums einsetzt und damit die [Quell]e aller Schmutzquellen verstopfen hilft.

[Ro]sa zählte allerdings nicht mehr zu jenen Menschen, die sich in [Erh]ebung davon abzuwenden suchen, wie es der kleinbürgerlich [...]nde so gern mit einer moralischen Geste tut. Das hatte Rosa [über]wunden, seitdem sie wußte, es gebe für sie kein Entrinnen aus [der] Arbeiterklasse. Sie wollte nunmehr teilnehmen an diesem [Kam]pfe, schon überzeugt davon, erst dadurch zu einem achtbaren [und] selbstbewußten Menschen werden zu können. Rosa fand sich [je]doch nicht zurecht und hielt es noch für fraglich, in welcher [Art] sie für ihren Teil tätig sein könne am Befreiungswerke ihrer [Klasse]. Ihr war in dieser Hinsicht, als stünde sie vor einer komplizierten Maschine, an der sie irgendeinen kleinen Hebel bedienen [sollte], den sie aber noch nicht finde, weil sie der Maschine noch [nicht] nahe zu treten wisse, ohne in Gefahr zu kommen, von ihrem [gewa]ltigen Schwungrad erfaßt zu werden. Je näher sie trat, desto [mehr] wurde ihr Staunen vor dem seltsamen politischen Mechanismus und ihr Erschrecken vor seinen eigenartigen Bewegungen.

[We]nn sie zum Beispiel eben wieder bemerken konnte, wie voll[ständig] ganz ihr Mann in dieser Bewegung stehe und hatte hören [könne]n, wie treffend er ihrer Ansicht nach seinen Standpunkt zu [vertre]ten wußte, da war ihre Einsicht wieder einmal vertieft wor[den.] Hatte einen Schauer der Begeisterung durch sich gehen spüren und so stark wie noch selten sich beteiligt gefühlt; war ganz neu überzeugt worden, künftig teilnehmen zu wollen und zu müssen.

Darum war sie jetzt nicht empfänglich für die Niedergeschlagenheit ihres Mannes. In ihr wirkte jetzt noch seine Rede nach und entwickelte in ihrem Denken die Zuversicht, in der seine Verstimmung nicht Wurzel schlagen konnte. Rosa konnte durch den rednerischen Erfolg ihres Mannes so zuversichtlich gestimmt werden, weil sie im übrigen noch nicht begriff, welche verhängnisvollen Folgen für die Arbeiterklasse der Verfall ihrer politischen Partei haben werde; weil ihr dieser Verfall in der Versammlung nicht so klar werden konnte wie den Teilnehmern, die über einen weiteren politischen Blick verfügten und am Schlußwort Zeilmanns erfahen, zu welchen gefährlichen Konsequenzen die nationalistische Einstellung der sozialdemokratischen Führer hinlenkte.

*

Nach dieser Versammlung tat Zeilmann natürlich keinen Schritt, Seidel etwa für die Zeitung reklamieren zu lassen. Fritz selbst hatte freilich nie damit gerechnet, denn er wußte, um welchen Preis solche Dienste geleistet werden.

Als Rosa jedoch darauf kam, erschreckte sie noch, wieder einen und vielleicht den einzigen Ausweg verlegt zu sehen. Zwar blieb noch die Hoffnung, Fritz komme nicht für die Front in Frage, insgeheim aber zitterte sie vor dieser Möglichkeit, zumal in der letzten Zeit oft zu hören gewesen war, Männer, die ursprünglich nicht damit gerechnet hatten, seien plötzlich feldgrau eingekleidet und in die Front geschickt worden.

Damit rückte die oppositionelle Haltung ihres Mannes in schärfere Beleuchtung und brachte Rosa in die Versuchung, zu denken: Wenn er geschwiegen und sich gefügt hätte, wäre Fritz vielleicht auf Veranlassung Zeilmanns von der Geschäftsleitung reklamiert worden und sehr wahrscheinlich vor der Front verschont geblieben. Indessen scheute sich Rosa, solche Gedanken jetzt noch frei und offen auszusprechen, weil sie genug Klarheit in Gesinnungsfragen besaß, um wenigstens ahnen zu können, daß solche Zumutungen niedrig und verwerflich seien. Fritzens Antwort zum Beispiel vermochte Rosa schon einigermaßen zu erraten. Er würde es aller Voraussicht nach entschieden ablehnen, um persönlicher Vorteile willen von der Opposition abzulassen und seine Klasse zu verraten. Um das anzunehmen, brauchte Rosa sich nur früher geführter Gespräche zu erinnern.

Also blieb kein Zurückgreifen auf derart fragwürdige Mittel möglich. Rosa mußte wohl oder übel vorwärts sehen und mit allen jenen Gefahren rechnen lernen, die der Zunkunft ein dunkles und unheimliches Gepräge gaben. Dabei geriet sie jetzt oft in Stunden quälenden Grübelns und dachte sich heiß und müde beim ängstlichen Suchen nach einem anderen Ausweg; stießen ihre Gedanken immer wieder wie aufflatternde Lebewesen an eine harte und grauenvolle Wirklichkeit an, fielen wund nieder und brachen sterbend in sich zusammen.

Wie eine breite, tiefe, dunkle Grube öffnete sich dann aber die weitere Zukunft für Rosa, als ihr unumgänglich der Tag angekündigt wurde, an dem Fritz in die Front ausrücken sollte. Und dann kamen die gefürchteten Stunden, in der sie unwiderruflich Abschied nehmen mußte für eine vermutlich lange Zeit, vielleicht für immer. Und als sie ihn mit den letzten langen, langen Blicken gesehen hatte, als sie in müden und schweren Schritten wieder nach Hause ging, da drängte sich ihr das Wissen auf, daß im Grunde der Mensch keine andere Heimat hat als die im anderen Menschen. Da trat ihr dunkel noch, aber bestimmt schon die Erkenntnis ins Bewußtsein, daß für den Menschen in Wahrheit alle Dinge letztlich belanglos und nichtig werden und nur der andere Mensch seinen hohen und heiligen Wert behält.

Die kommenden Tage Rosas blieben für sie von einer seltsamen und fremden Leere. Sie fühlte sich getroffen von einem Unheil. Ihr Leid kroch in vielen drängenden Keimen durch ihr Denken hindurch und überwältigte jeden anderen Gedanken, preßte ihn zusammen und suchte ihn zu ersticken. Darum fand sich ihr Denken nicht hin zu jenen Millionen Menschen, die vom gleichen Unheil betroffen waren. Sie trug ihre eigene Last, als sei sie verurteilt, sie in ihrer eigenen Schwere zu tragen. Ihre Blicke waren völlig losgerissen von den großen brennenden sozialen Ereignissen, richteten sich immer nur auf das eigene Leid, vergrößerten es und versengten damit gleichsam ihre ganze Lebenskraft.

*

In diesen Tagen des schweren Alleinseins machte Rosa eine neue Erfahrung: Sie wurde sich selbst durchsichtiger. Und das bewirkte die Pflege von Erinnerungen. Immer, wenn sich ihr Denken wieder einmal müde gehetzt hatte in der Furcht vor den Gefahren, denen Fritz nunmehr ausgesetzt war, flüchtete sie in wehmütige Erinnerungen. Dann fand sich Rosa wieder als Kind, behaftet wahl mit vielen kleinen, winzig kleinen Sorgen, aber auch noch ganz erfüllt von der Hoffnung auf ein großes, starkes, herrliches Leben.

Dann gedachte sie unter anderem der vielen kleinen Spaziergänge an der Hand ihres Vaters an den Sonntagvormittagen. Man war das gewöhnlich eine Zehnpfennigstrecke mit der Straßenbahn gefahren, durch eine Vorstadt und dann durch Wiesen und Felder geschlendert, um in einen kleinen Wald zu kommen. Wie eine Reise war ihr damals solch ein Ausgang erschienen. Tief, dunkel und gefährlich hatte ihr der Wald angemutet, während sie jetzt wußte, in einem armseligen Kiefernwäldchen gewesen zu sein, das inzwischen längst hatte verschwinden und Neubauten weichen müssen.

(Fortsetzung folgt)

[In] Buchform erscheint der vorliegende Roman in einigen Wochen. Der erste [Teil des] Romans von O. Müller Glösa erschien unter dem Titel „Ein Arbeitermädel", [...] broschiert 2 Mark. Zu haben in allen Buchhandlungen, der Produktiv[genossen]schaft oder durch die „Klassenkampf"-Trägerinnen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0003

Sie brauchen für einen flotten, eleganten und vorzüglich sitzenden Anzug — Paletot — Ulster nicht mehr anzulegen wie nachstehend

Eigene Fabrikation, vom Hersteller direkt zum Verbraucher, kein Zwischenhandel, daher die billigen Preise

Anzüge Gabardine u. farbige Kammgarne, die große Mode, auch einfarbig blau Cheviot und fein gemustert. Nadelstreifen Mark 29— 39— 49— 59— 69— 79— 89—

Paletots dunkel, marengofarbige, für ältere Herren, bester Maß-Ersatz, auch neueste Rockpaletots für junge Herren — Mark 49— 54— 59— 65— 75— 85—

Ulster unübertroffen schöne Ausmusterungen, vornehmste neueste Fassons und Farben, bester Sitz Mark 33— 42— 48— 54— 59— 65— 79—

Loden-Mäntel, Loden-Joppen, Loden-Pelerinen
— echte bayerische Fabrikate, langjährige Spezialität der Firma —

Julius Hammerschlag 36 Gr. Ulrichstr. 36
nahe der Alten Promenade

Bitte gefl. meine Schaufenster zu beachten!

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau und Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 21473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Alle Parteigenossen von Halle treffen sich am Sonnabend, 25. Sept., abends 6 Uhr, am Thielenplatz zur Abholung der russischen Sportler.

Halle. An alle Zellengruppenleiter! Wichtiges Material sofort vom Parteibureau abholen.

Seeben. Mitgliederversammlung Freitag, 24. September, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Seeben. Mitgliederversammlung Freitag, 24. September, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Könnern. Mitgliederversammlung Sonnabend, 25. Sept., 8 Uhr, „Bürgergarten".

Zwintschöna. Die Genossen der Ortsgruppen Bruckdorf, Canena, Dieskau, Zwintschöna und Kleinkugel Sonntag, 26. Sept., vorm. 7 Uhr, Abmarsch von der Spargelplantage Zwintschöna zur Agitationstour nach Gröbers.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Goddula. Mitgliederversammlung Sonnabend, 25. Sept., 7 Uhr, „Grüner Hof".

Unterbezirk Mansfeld-Sangerhausen

Hettstedt. Oeffentliche Frauenversammlung Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, im „Hohenzollernpark". Thema: Warum Rußlanddelegationen? Referent Genossin Frieda Lehmann, Halle.

Ermsleben. Mitgliederversammlung Sonnabend, 25. Sept., abends 8 Uhr, im Lokal Pape, Ermsleben. Referent der UBL. ist anwesend. Auch Meisdorf hat bestimmt zu erscheinen.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Wittenberg. Sitzung aller Orgleiter der Zellen der Stadtorganisation Montag, 27. Sept., abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Referent Genosse Lademann.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Lockwitz. Arbeitsgebietskonferenz Freitag, 24. September, abends 8 Uhr, im „Volkshaus". Sämtliche Funktionäre des Arbeitsgebietes müssen unbedingt erscheinen. Referent Genosse Lademann.

Mühlberg. Sitzung der kommunistischen Bauarbeiter Sonnabend, 25. Sept., 8 Uhr.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Sitzung sämtlicher Agitpropleiter der Betriebs- und Straßenzellen in der „Herberge" am Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr.

Draben-Naundorf. Mitgliederversammlung Sonntag, 26. September, nachm. 3 Uhr, im Gasthof Burkhardt in Naundorf. Die Wichtigkeit der Tagesordnung verpflichtet jedes Mitglied zur unbedingten Teilnahme.

Laucha. Arbeitsgebietskonferenz für die Ortsgruppen des Unstruttales Sonntag, 26. September, vorm. 9 Uhr, im „Schützenhaus". Alle Ortsgruppen müssen Delegierte entsenden. Referent Genosse Scheibner.

„Roter Frontkämpfer-Bund"

Das Gausekretariat Gr. Klausstraße 10/12 geöffnet für auswärtige Kameraden täglich von 11 bis 1 Uhr, Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 8 Uhr sowie jeden 3. Sonntag im Monat von 8 bis 1 Uhr vormittags für die gesamte Mitgliedschaft. Postscheckkonto: Paul Döchner, Halle, Postscheckamt Leipzig 8715. Telephon 29012.

Torgauer Fahrt. Abfahrt des Sonderzuges am 26. September ab Halle 7.30 Uhr vorm., ab Delitzsch 8.30 Uhr; Ankunft in Torgau 8.58 Uhr. Rückfahrt von Torgau 8.04 Uhr nachm. 8.29 Uhr an Eilenburg, 9.01 Uhr an Delitzsch, 9.30 Uhr an Halle. Die Ausgabe der Fahrkarten für die Abteilungen Halle 1 bis 4 und die auswärtigen Ortsgruppen findet am Freitagabend von 8 bis 10 Uhr in der „Goldenen Kette", Alter Markt, statt. Den Anweisungen des von der Gauleitung bestimmten Transportführers ist unbedingt Folge zu leisten.

Untergau Halle-Saalkreis

Alle Ortsgruppen des Saalkreises stehen zur Teilnahme am Gautreffen Sonntag, 26. Sept., vorm. pünktlich 7 Uhr am Thielenplatz.

Halle. Geschlossener Spielmannszug. Freitag, 24. Sept., „Kette", Generalappell.

Halle. Abt. 4, Norden, 16. Kameradschaft. Freitag, 8 Uhr, Kameradschaftsversammlung im „Lüderitzberg", Reilstraße. Erscheinen ist Pflicht.

Halle. Abt. 5, Zentrum. Freitag, 24. Sept., 7 Uhr, Antreten aller Kameraden, welche nach Torgau fahren, auf dem Paradeplatz. Daselbst Fahrkarten-Ausgabe.

Halle. Abt. 5, Zentrum. Sonntag, 26. Sept., früh 6.15 Uhr, Antreten Paradeplatz zur Fahrt nach Torgau.

Halle. Abt. 2, Süden. Sonntag, 26. Sept., Antreten der Kameraden, welche sich an der Fahrt nach Torgau beteiligen vorm. 6 Uhr in der Kirchnerstraße (Thielenplatz). Daselbst Fahrkarten-Ausgabe.

Halle. Abt. 4, Norden. Teilnehmer an der Fahrt nach Torgau treten Sonntag, 26. Sept., vorm. ½7 Uhr, Wettiner-Platz, an.

Halle. Abt. 4, Norden, 19. Kameradschaft. Kameraden, die sich nicht an der Torgaufahrt beteiligen, treten Sonntag früh 8 Uhr am „Adler" an.

Halle. Achtung, RJB.-Kameraden. Am Sonnabend, 25. Sept., abends 6¼ Uhr, Antreten sämtlicher Abteilungen auf dem Thielenplatz zum Empfang der russischen Sportler. Jungfront bei den Abteilungen. Spielmannszug ebenfalls 6¼ Uhr.

Halle. Abteilung Osten, 11. Kameradschaft. Freitag, abends 8 Uhr, „Braustübl", wichtige Versammlung. Erscheinen aller Kameraden strengste Pflicht.

Kölberg-Wörmlitz. Freitag, 24. September, 8 Uhr, bei Rauschenbach, Wörmlitz, Pflichtversammlung.

Ammendorf. Freitag 24. Sept., 8 Uhr, im „Burgschlößchen" Mitgliederversammlung. Die Unterkassierer sind verpflichtet, bis spätestens Freitag abend sämtliche Mitgliedsbücher abzuliefern.

Rietleben. Freitag, 24. Sept., 8 Uhr, „Sonne" Mitgliederversammlung.

Werbebezirk Dölau tritt Sonntag, 26. Sept., am Hettstedter Bahnhof ½7 Uhr an.

Lettin. Antreten am Sonntagmorgen 6 Uhr am Appellplatz. Abfahrt nach Torgau.

Jungfront

Jungfront, Abt. 5, Zentrum. Sonntag vorm. ½7 Uhr, Antreten Paradeplatz nach Torgau.

Freitag, abends 7 Uhr, Antreten für alle, die nach Torgau fahren. Fahrscheine müssen mitgebracht werden.

Halle. Abt. 2, Süden, Jungfront. Freitag, 24. Sept., 8 Uhr, bei Freundlieb Verf.

Untergau Merseburg

Merseburg. Freitag 24. Sept., Mitgliederversammlung „Stadt Leipzig".

Merseburg. Jungfront. Sonnabend, 25. Sept., „Stadt Leipzig" Jungfrontverf.

Lauchstädt. Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, „Stadt Leipzig" Mitgliederversamml.

Querfurt. Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, „Schützenhaus" Thaldorf außerordentliche Mitgliederversammlung.

Goddula. Freitag, 24. Sept., ½8 Uhr, Gasthof „Grüner Hof" Mitgliederversamml. Bücher mitbringen.

Neumark. Sonntag, 26. Sept., 8 Uhr, Gasthof Schumann Neumark erste Kameradschaftsversammlung. Nichterscheinen ohne Abmeldung gilt als Ausgeschlossen. Bücher mitbringen.

Untergau Mansfeld (Seekreis)

Höhnstedt. Sonnabend, 25. Sept., 8 Uhr, bei Hoffmann Werbebezirksversammlung.

Oberröblingen. Sonntag, 26. Sept., beteiligt sich die Ortsgruppe am Untergautreffen Rothenschirmbach. Sammelplatz Lokal Henze, Unterröblingen. Abmarsch 9 Uhr vorm.

Untergau Mansfeld (Gebirgskreis)

Hettstedt. Sonnabend, 25. Sept., abends 8 Uhr, „Hohenzollernpark", kleiner Saal, Mitgliederversammlung.

Untergau Sangerhausen

Untergaukonferenz. Die angesetzte Untergaukonferenz ist auf den 3. Oktober verschoben.

Untergaukonferenz in Sangerhausen. Sonntag, 26. Sept., 9 Uhr, Untergaukonferenz im „Hexenkrug".

Untergau Delitzsch

Delitzsch. Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, Generalversammlung.

Untergau Bitterfeld

Sonntag, 26. Sept., findet in Torgau das Gautreffen statt. Alle Kameraden des Untergaues Bitterfeld haben sich daran zu beteiligen. Kameraden, die per Rad fahren, treffen sich Sonntag früh ½7 Uhr am Bitterfelder „Gesellschaftshaus".

Untergau Wittenberg

Wittenberg. Sonnabend, 25. September, abends ½8 Uhr, Gewerkschaftshaus Pflichtversammlung. (Torgaufahrer erscheinen. 1.50 Mark mitbringen.)

Wittenberg. Sonntag, 26. Sept., 7 Uhr, Abfahrt per Auto vom Gewerkschaftshaus.

Untergau Weißenfels

Teuchern. Sonntag, 26. Sept., abends 8 Uhr, Versammlung im „Grünen Baum".

Untergau Zeitz

Untergaukonferenz in Zeitz. Sonntag, 26. Sept., vorm. 10 Uhr, „Herberge", findet eine Untergaukonferenz statt. Alle Ortsgruppen haben nach dem bekannten Wahlmodus Delegierte zu entsenden. (Neuwahl der Untergauleitung.)

Zeitz. Sonnabend, 25. Sept., 8 Uhr, in der „Herberge" Mitgliederversammlung.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Halle-Merseburg
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 — Fernsprecher 24425

Hohenmölsen. Mitgliederversammlung Sonnabend, 25. Sept., 8 Uhr, Lokal Kupsch.

Modezeitungen empfiehlt die **Volksbuchhandlung.**

Sonder-Angebot hochwertiger **Kinderstiefel u. Halbschuhe** 3435

Spangenschuh braun, grau, beige, grün u. schwarz

18/22	23/24	25/26
2,95	3,65	3,95

Lackspange

18/22	23/24	25/26
3,95	4,65	4,95

braune Hochschaftstiefel glatt und gedoppelt

18/22	23/24	25/26
2,95	3,95	4,95

Damen-Lackspange von 7.95 an
Herren-Rindboxstiefel und Halbschuhe ... von 7.95 an

Schuhhaus Roland
Steinweg 19, gegenüb. Jacobstr.

Täglich große Auswahl in **Kaffee- und Teegebäck** sowie alle Sorten Kuchen **Konditoreiwaren** finden Sie bei **Max Schröder,** Schwetschkestraße Ecke Lerchenfeldstr.
Sonnabend früh 9 Uhr: **A. Speckkuchen**

Alle Sorten 191
Pantoffeln kaufen Sie gut und billig im **Fabrikverkauf**
Nur Kl. Ulrichstr. 9

Auf dem Trödel gibt es morgen **ganz billig**
Senfgurken, Erfurt. Blumenkohl und die letzten Pfeffergurken

Sie staunen schon lange

daß viele Ihrer Freunde, Bekannten und Nachbarn stets nach der neuesten Mode, schick und elegant gekleidet gehen, obgleich sie nur über dasselbe Einkommen verfügen, sogar noch weniger haben als Sie. **Ich kann Ihnen das Rätsel lösen!** Ihre Freundinnen und Freunde sind klug! Sie kaufen bei der Firma Carl Klingler auf Teilzahlung, zahlen einen kleinen Teil der Kaufsumme an und den Rest begleichen sie in kleinen Raten und zwar so, daß die kleine Summe ohne weiteres vom Wirtschaftsgelde bezahlt werden kann

So machen sich Ihre Freunde den Einkauf leicht, man braucht nicht erst eine große Summe zu sparen, auch das Sparbuch wird nicht angegriffen. Nachdem die Anzahlung geleistet ist, wird das gekaufte Stück sofort ausgehändigt, sodaß man immer **dann** im Besitz des Stückes ist, wenn es wirklich gebraucht wird, man braucht mit dem Kaufe nicht ewig zu warten.
Warum machen Sie es nicht ebenso?

Bei uns sehen Sie die neuesten Damen-Mäntel, Kleider, Kostüme **usw.**, ferner moderne Herren-Anzüge, Mäntel, Sportanzüge usw. Auch in Bett-, Leib- und Tischwäsche sind die Läger gut sortiert, kurz, ich bitte um Ihren freundlichen Besuch, mein Personal zeigt Ihnen gern und ohne jede Verpflichtung für Sie die neuesten Eingänge und gibt Ihnen jede gewünschte Auskunft. Daß die strengste Diskretion über jeden bei mir getätigten Kauf geübt wird, versteht sich von selbst

Wann darf ich Sie erwarten?

Carl Klingler
Halle a. S., Leipzigerstr. 11, 1. Etage
Kein Laden — Eingang Kl. Sandberg

Vertreter für Merseburg u. Umg.: **Hugo Dies,** Merseburg, Annenstraße

KJVD

Bezirk Halle—Merseburg
Jugendsekretariat: Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 21473

Mitteilungen der Bezirksleitung. Am Sonntag, 10. Oktober, findet unsere Bezirkskonferenz statt. Zur näheren Information ergeht ein Rundschreiben an alle Ortsgruppen.

Bezirksausschuß. Sitzung am Sonnabend, 9. Okt., abends 6 Uhr in Halle, Produktiv.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Gruppe Westen. Freitag, 8 Uhr, Jugendherberge, gemeinsamer Gruppenabend mit der Roten Jungfront. Thema: Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Genosse Grabow.

Halle. Gruppe Zentrum. Freitag, 8 Uhr, Lokal Boese, Bergstraße 4, Gruppenabend. Thema: Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Genosse Willi.

Halle. Gruppe Nord. Freitag, 8 Uhr, „Volkspark" Gruppenabend. **Thema: Die** Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Genosse Berling.

Halle. Sonnabend, ½8 Uhr, Weingärtenplatz, Treffen der gesamten Mitgliedschaft zum Empfang der russischen Sportler. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich daran zu beteiligen.

Halle. Sonntag 2 Uhr Treffen zur Halbtagestour nach der Bischofswiese am Hallmarkt. Es wird erwartet, daß sich jeder Jugendgenosse daran beteiligt.

Achtung, Holzarbeiter. Sonnabend, 8 Uhr, „Volkspark" Jugendsektionsversammlung. Jeder im DHV. Organisierte hat zu erscheinen.

Ammendorf. Freitag, 24. Sept., abends 8 Uhr, in der „Post" Unterhaltungsabend.

Ammendorf. Sonntag vormittag 7 Uhr trifft sich die gesamte Ortsgruppe im Restaurant „Zur Post" zur Tageswanderung in die Aue.

Schkeuditz. Sonntag, 26. Sept., vorm. 11 Uhr, Treffen aller Funktionäre des Arbeitsgebiets am Markt zur Funktionärsitzung.

Möbelwitz-Schkeuditz. Sonntag, 26. Sept., nachm. ½2 Uhr, sammeln am Stellplatz in Papitz zur Wanderung.

Unterbezirk Wittenberg

Jungarbeiterschule am Freitag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Freitag, 24. Sept., 7½ Uhr, im Herrmannsgarten Versammlung des J. d. Sch. Alle Mitglieder desselben müssen dort erscheinen.

Weißenfels. Sonnabend, 25. Sept., abends 8 Uhr, am Rosaliaweg Treffen zur Nachtwanderung.

Unterbezirk Zeitz

Zeitz. Freitag, 24. Sept., Unterhaltungsabend. Instrumente und Liederbücher mitbringen.

Zeitz. Sonntag, 26. Sept., Nachmittagstour. Treffpunkt 1½ Uhr Schillerplatz.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung f. Halle-Merseburg
Halle a. S., Lerchenfeldstraße Nr. 14

Halle. Freitag, nachm. 6 Uhr, in der Produktiv. Gruppenabend. Sehr wichtige Fragen sind zu besprechen. Erscheint recht zahlreich.

Halle. Sonnabend von 4 Uhr an in der Produktiv Zahltag. Dort können alle Genossen ihren Beitrag bezahlen. Alle Kassierer müssen abrechnen. Die Zeitungen sind restlos abzurechnen.

Ammendorf. Freitag, 24. Sept., Liederabend in der „Post".

Zeitz. Sonntag, 26. Sept., Tagestour.

Zeitz. Montag, 27. Sept., Funktionärsitzung.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, 27. September, nachm. 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung:

1. Die in der Sitzung am 20. September 1926 nicht erledigten Punkte 6 bis 25. 2. Nachtrag zur Vergnügungssteuerordnung. 3. Herstellung von geräuschlosem Pflaster vor dem Grundstück Schmeerstraße 1. 4. Fortführung der Stadtbankgeschäfte. 5. Herrichtung des Baumplatzes Ecke Wasserweg und Rauchfußstraße. 6. Schädenregulierung in den öffentlichen Anlagen im Saaletal. 7. Anschaffung einer Barfrankiermaschine. 8. und 9. Abschluß von Gaslieferungsverträgen. 10. Nachbewilligung von Mitteln für Unterhaltung städtischer Straßen. 11. Ortssatzung betr. die Erhebung von Berufsschulbeiträgen. 12. Bestellung eines Erbbaurechts. 13. Instandsetzungsarbeiten der Turnhalle der Klosterschule. 14. Bereitstellung einer Umzugskostenbeihilfe. 15. Einrichtung eines Umkleideraumes im „Thalia"-Saal. 16. Jahresabschluß der Sparkasse und der Stadtbank für 1925. 17. Landverkauf.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung. 3432

Halle, 22. September 1926. Der Stadtverordnetenvorsteher. Basse.

Möbel-Ausstellung
Verkauf gegen ganz bequeme Teilzahlung

Möbel	für 60 Mk. Anzahlg. 6
Möbel	für 165 Mk. Anzahlg. 16
Möbel	für 300 Mk. Anzahlg. 25
Möbel	für 600 Mk. Anzahlg. 60
Möbel	für 1000 Mk. Anzahlg. 100
Möbel	für 1200 Mk. Anzahlg. 150
Möbel	für 1800 Mk. Anzahlg. 250

usw. usw.

Herrenzimmer, Wohn- und Schlafzimmer, Korbmöbel, Kinderwagen, Aparte Küchen sowie **einzelne Möbelstücke** als Sofas, Chaiselongues, Bettst. u. Matr., Schränke, Vertikos, Kommoden, Spiegel, Küchenschränke, Tische, Stühle usw. [1257]
Kredit auch nach auswärts

Möbelhaus N. Fuchs
Halle a. d. S., Gr. Ulrichstr. 58, I., II. u. III. Et. im Hause der Nordsee
Kein Laden

Hausfrauen kauft nur bei unseren Inserenten!

Stadt-Theater
Heute Freitag 7½ Uhr **Aida**
Sonnabend 8 Uhr **Der Freischütz**

Ledersohlen Gummiabsätze billig bei 142 **Wilh. Kranig** Neue Promenade 15

Pa. fettes Ziegenfleisch
Unterberg 17 (Laden)

Sonnabend zum Markte empfehle **blutfrische Seefische** als Schellfisch, Kabeljau Seelachs und Goldbarsch **Pa. Fettbücklinge Pa. neue Fettheringe St. 10 Pf.**
Hugo Schadel, Zeitz

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf **Große Wirkung!**

Immer billig kaufen Sie, wenn Sie **direkt von der Fabrik** beziehen. Wohl als größtes Unternehmen dieser Art Deutschlands liefere ich tatsächlich konkurrenzlos preiswert

Einen Trick, den der reelle Kaufmann anzuwenden ablehnt, erblicke ich in der Auswertung meines Inseraten-Stichwortes durch die Konkurrenz. Besuchen Sie vor dem Kauf mein Lager in der Leipziger Str. 18. Urteilen Sie selbst über die Qualität.

Ich biete an: Bei bequemster Zahlungsbedingungen:

Metallbetten	v. 17.00 M.
Holzbettstellen	v. 22.50
Kinderbettstellen	v. 17.00
Auflegematratzen	v. 11.70
Stahldrahtmatratzen	v. 10.80
Chaiselongues	v. 31.50
Federbetten, 7 Pfd. Füll.	v. 24.30
Reformunterbetten	v. 18.20
Kleiderschränke, 2türig	v. 58.50

Küchen, alle Farben, Komplette Schlafzimmer, Kinderwagen in jeder Preislage

Fabriklager:
Halle a. S., Leipziger Str.
Seitengebäude — Kein Laden
Vertreter: **Bernhard Schormann, Zeitz, Judenstraße 2, Th. Jano**

Hausfrauen! kauft nur bei unseren Inserenten

Raucht Stiborskis Qualitäts-Marken
nur Glauchaer Straße Nr.

Herwarth Stiborsky
Kaufmann
Margarethe Stiborsky
geb. Bierbümpel
grüßen als Vermählte
Halle (Saale), den 22. September

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0004

Gewerkschaftsbewegung

Die Lage der Angestellten

Angestellte und Kongreß der Werktätigen

In der Arbeiterschaft ist die höhnende Abweisung gegenüber den Angestellten, welche vor dem Kriege in der Bezeichnung „Stehkragenproletarier“ lag, ziemlich verschwunden. Auch bei einem großen Teil der Angestellten ist nicht mehr die Einbildung zu finden, daß sie etwas „Besseres“ als die Arbeiter seien. Die tiefere Ursache für diese auch im äußeren Verkehr zum Ausdruck gekommene Veränderung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Angestellten liegt in der Tatsache, daß das Kapital auch die Angestellten nicht verschont, um seine Herrschaft durch gesteigerte Ausbeutung hochzuhalten. Der Traum vom gesicherten Lebensabend des Angestellten ist ausgeträumt. Die Hoffnung auf Lebensstellung war vor dem Kriege das wichtigste Moment, mit dessen Hilfe dem Angestellten die Einstellung beigebracht wurde, daß er nicht zum Proletariat gehöre.

Wir haben heute in Deutschland rund 260 000 arbeitslose Angestellte. Mitte des vorigen Jahres 1925 wurde auf Beschluß des Reichstages eine statistische Erhebung über die Arbeitslosigkeit der Angestellten durchgeführt. Diese Erhebung fand in einer Zeit statt, in welcher die allgemeine Arbeitslosigkeit relativ gering war. Im Juni dieses Jahres (1926) waren erwerbslos 185 000 männliche und 77 000 weibliche Angestellte! Bei der Erhebung 1925 wurden von 81 800 arbeitslosen Angestellten 66 985 erfaßt. Es wurde festgestellt, daß von diesen durch die Statistik erfaßten arbeitslosen Angestellten 17 679 solche über 40 Jahre waren. [illegible] **Prozent der männlichen arbeitslosen Angestellten waren 40 Jahre und darüber.** Die meisten von ihnen haben nach Lage der Dinge überhaupt keine Aussicht mehr, Arbeit zu bekommen. Von den arbeitslosen technischen Angestellten waren sogar 53,9 Prozent über 40 Jahre alt.

Die Zahlen über das Berufsalter der arbeitslosen Angestellten zeigen, daß es sich bei den arbeitslosen Angestellten nicht etwa um vorübergehend in der Kriegs- und Inflationszeit als Angestellte [illegible]ge handelt, sondern zum größten Teil um **seit langem beruflich tätige Angestellte.** Nach der amtlichen Statistik sind es 16,5 Prozent der arbeitslosen Angestellten, die 10½ bis 15½ Berufsjahre hinter sich haben, 10,9 Prozent mit 15½ bis 20½ Berufsjahren und nur 16,9 Prozent mit über 30 Berufsjahren.

Im Reichstag haben u. a. auch die Vertreter des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes Anträge eingebracht, welche darauf hinausliefen, daß die Unternehmer gezwungen werden sollen, auf je fünf Angestellte einen Angestellten über 40 Jahre zu beschäftigen, Angestellte über 40 Jahre nur mit Zustimmung des Angestelltenrates zu kündigen usw. Nachdem diese Anträge aus dem Unterausschuß des Reichstages, in welchem, da es zu nichts verpflichtet, auch die bürgerlichen Parteien dafür stimmten, in den zuständigen Hauptausschuß kamen, machten die Vertreter der bürgerlichen Parteien stärksten Widerspruch und die Sache wurde vorläufig beerdigt. Vom Reichstag, der Regierung und den Behörden haben die Angestellten ebensowenig eine ernsthafte Verbesserung ihrer Notlage zu erwarten wie die Handarbeiter.

Die Massenarbeitslosigkeit der Angestellten wird ergänzt durch die **brutale Lohnpolitik der Unternehmer.** Unter Bruch oder Umgehung von gesetzlichen Vorschriften verhindern die Unternehmer entweder überhaupt das Zustandekommen von Tarifverträgen mit den Angestelltenorganisationen oder sie **halten sich nicht an ihre Bestimmungen. Der Abbau der Angestelltengehälter** wird eher noch brutaler durchgeführt als bei der Arbeiterschaft. Wer sich den Gehaltabbau nicht gefallen läßt, wird **auf die Straße geworfen.** Wenn die Gewerkschaften einmal einen Tarif mit etwas Gehaltserhöhung durchsetzen, wird diese **Erhöhung sofort durch einen systematischen Abbau einer entsprechenden Zahl von Angestellten ausgeglichen.**

Das Kapital schlägt auf die Angestellten mit noch mehr Erfolg als bei der Arbeiterschaft, weil die Angestellten gewerkschaftlich schlechter organisiert (die große Masse ist in bürgerlichen Gewerkschaften organisiert), weil sie politisch rückständig sind, d. h. weniger **Klassenbewußtsein** haben. Der bereits klassenbewußte Teil der Angestellten ist noch viel zu passiv im Kampf gegen die [illegible]mpelung der Angestellten in bürgerlichen Vereinen (bürgerliche Sportvereine, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband usw.) und in der Arbeit zur Weckung des Klassenbewußtseins unter den breiten Massen der Angestellten. Es wäre eine Schande für die deutsche Arbeiterklasse, wenn sie es nicht angesichts der großen Not der Angestellten fertig brächte, auch diese für den revolutionären Klassenkampf zu mobilisieren.

Das bisher zum Teil Versäumte muß jetzt teilweise gut gemacht werden durch eine intensive **Agitation unter den Angestellten für den Kongreß der Werktätigen.** Die Angestellten haben allen Anlaß, sich in den Kampf gegen die Unternehmeroffensive einzureihen. Durch zahlreiche **Delegierte von Angestellten** müßte dafür gesorgt werden, daß auf dem Kongreß der Werktätigen die Not und der Kampf der Angestellten aufmerksam behandelt werden. Nur wenn das Klassenbewußtsein der Angestellten geweckt wird, wenn sie sich einreihen in eine Front mit den Arbeitern und unteren Beamten, können sie erfolgreich kämpfen. Die große Masse der Angestellten muß erkennen, daß **die revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus auch für sie der einzige Ausweg ist,** sie müssen mutig die notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen und Seite an Seite mit der Arbeiterschaft kämpfen.

Was will die Bezirksleitung des BGB. in Mühlberg?

Baugewerksbündler aufgepaßt!

Am 12. September fand in **Mühlberg** eine Mitgliederversammlung der **Baugewerkschaft** statt, welche unter Polizeiaufsicht der Bezirksleitung tagte, die gar zu gern eine Handhabe finden möchte, um die **oppositionellen Kollegen aus der Organisation auszuschließen.** Die Schriftführerwahl hatte es dem Bezirksleiter Bieligk (Leipzig) besonders angetan. Der seinerzeit eingesetzte Schriftführer hatte das Amt nicht angenommen. So hatte sich eine Neuwahl nötig gemacht, die auf Kollegen Tauchnitz fiel. Kollege Tauchnitz versah das Amt als Schriftführer ohne eine Bestätigung des Hauptvorstandes. Von dieser Seite wurde deshalb eine Neuwahl angesetzt. Kollege Tauchnitz wurde wieder in Vorschlag gebracht, und der Bezirksleiter antwortete — daß dieses Terror sei! Er vergaß natürlich zu sagen, daß sie selber die Mitglieder der Baugewerkschaft terrorisieren.

Als ein Mitglied zu sagen wagte: Kollege Tauchnitz ist unser Schriftführer, entgegnete der Bezirksleiter Bieligk: Du Kollege hast nichts zu bestimmen. Also eine glatte Provokation. Man spricht von **Demokratie** und wendet schärfste Diktatur an. Das sollte der Auftakt zur internationalen Werbewoche sein.

Auch die Sammellisten der IAH. zum englischen Bergarbeiterstreik gefielen Bieligk nicht, er „verbot“ diese Zeichnung, weil keine Gewähr vorhanden sei, daß die Bergarbeiter das Geld bekämen (!). Dabei weiß jeder, daß die IAH. die einzige Organisation ist, die von Anfang an für die Bergarbeiter gesammelt hat.

Als Kollege Weger die Stellungnahme des Kartells zur Werbewoche bekanntgab, versuchte der Kollege Bieligk wieder zu provozieren, indem er den „Klassenkampf“ zur Hand nahm und seiner uns nicht verwunderlichen Ansicht Ausdruck gab, daß, wenn man den Führern mit schuld an dem Elend der Arbeiter gäbe, keine Mitglieder gewonnen werden konnten. Bieligk konnte nicht verraten, wie man an die Unorganisierten herankommt.

Die Mühlberger Arbeiter werden schon den richtigen Weg gehen, wie sie Mitglieder zur Gewerkschaft gewinnen und wie sie ihre Gewerkschaft am besten ausbauen. Auf das Kapitel, daß die Führer mit schuld sind, braucht man nicht näher einzugehen, denn das werden die Arbeiter selbst beurteilen. Man braucht nur an die Jahre 1923, 1920, 1919 und 1918 zu erinnern.

Bieligk verlangte auch, daß keine Fraktionssitzungen stattfänden, sonst würden die Kollegen aus der Organisation ausgeschlossen. Daß die SPD. in den Gewerkschaften auch Fraktionen hat und daß dort, wo sie die örtliche Organisation beherrscht sowie auch bei den Hauptvorständen der ganze Gewerkschaftsapparat für die SPD. eingespannt wird (siehe Wahlen) verschweig er.

Die kommunistischen Genossen werden sich in ihrer Parteiarbeit auch nicht stören lassen und nach wie vor zugleich eifrige Gewerkschaftsarbeit leisten.

Erwerbslosenfürsorge — Erwerbslosenversicherung — ADGB.

Die Bezirks-Erwerbslosenkonferenz muß Stellung nehmen

Bei der seit Jahren von den Kapitalisten und ihren Regierungen betriebenen **Abbau-Aktion auf dem Gebiete der Sozialpolitik** war der Kampf dieser Klasse gegen die Erwerbslosenfürsorge von jeher der wichtigste Teil.

Die Tatsache, daß es mit Erwerbslosenunterstützung den Kapitalisten weniger als ohne sie gelang, die Arbeiter mit der Hungerpeitsche ihren Wünschen gefügig zu machen, ist die Hauptursache ihres scharfen Kampfes gegen die Erwerbslosenfürsorge.

Zur selben Zeit, als **die Unternehmer in verstärktem Maße Zuwendungen aus den Kassen des Reiches** erhielten (815 Milliarden an die Ruhrindustriellen), wurde die **Beitragspflicht der Arbeiter** zur Erwerbslosenfürsorge eingeführt. Diese und die damit verbundene **Begrenzung der Unterstützungsdauer** waren bereits gewaltige Schläge gegen die Erwerbslosenfürsorge. Die soziale Reaktion hatte Terrain gewonnen, der erste große Schritt zur Umwandlung der Fürsorge in die Arbeitslosenversicherung war getan. Die Halbheiten, die sich jetzt in der Erwerbslosenfürsorge zeigen, sind für die Regierung ein willkommener Anlaß, offen mit dem Plan der Erwerbslosenversicherung herauszutreten.

Der Plan der Regierung: Die Erwerbslosenfürsorge umzugestalten in eine Arbeitslosenversicherung, vor allem die **Beseitigung der einheitlichen Unterstützungssätze** und Einführung der nach den Löhnen gestaffelten Unterstützungssätze durch die Arbeitslosenversicherung, fand freudigste Zustimmung nicht nur bei den Kapitalisten. Auch die Führer des ADGB. und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmten grundsätzlich dem Plan der Regierung zu. Ja, sie sind sogar die Initiatoren dieses Planes.

Wenn der Scharfmacherhäuptling Kastl auf der Dresdner Tagung der Deutschen Industriellen erneut erklärte: **„Der Staat darf mit seinen Einrichtungen nicht zu einer Versorgungsanstalt für Millionen Menschen werden“** und gegen die Presse polemisierte, die den Unternehmern bei der Durchführung der Rationalisierung unsoziales Handeln vorwirft, wenn Kastl in diesem Zusammenhang wörtlich ausführt: „Ich kann hier mit Befriedigung feststellen, daß die gewerkschaftliche Presse sich erfreulicherweise von einer derartigen Stellungnahme ferngehalten hat“, so beleuchtet das die Situation sehr eindeutig.

Um dem weiteren Abbau der Löhne den Weg freizumachen, soll die Erwerbslosenunterstützung fallen oder wenigstens nach den Löhnen gestaffelt werden. So ist dann mit dem Abbau der Löhne der Abbau der Erwerbslosenunterstützung automatisch verbunden.

Herr Kastl lobt also zugleich die Haltung der Gewerkschaftsführer gegenüber dem Lohnabbau und sonstigem unsozialen Vorgehen der Unternehmer. Welche Loblieder wird Herr Kastl den Gewerkschaftsführern erst singen, wenn der Abbau der Erwerbslosenfürsorge erfolgt sein wird!

Als Ende Juni d. J. die Kommunisten im Reichstag den Gewerkschaftsführern vorhielten, daß ihre Haltung zur Erwerbslosenfrage auf eine direkte Unterstützung der Kapitalisten hinauslief, da tobte Robert Dißmann und sprach von kommunistischen Verleumdungen. Die Sozialdemokraten seien ebenfalls für die Erwerbslosenfürsorge und nur, weil die Arbeitslosenversicherung nicht aufzuhalten sei, habe man sich auf den Boden der Versicherung gestellt. Auf einen Zwischenruf: „Und der ADGB.?“ erklärte Dißmann, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht der ADGB. sei. —

Hierzu sei festgestellt, daß **fast der gesamte Vorstand des ADGB. in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion** vertreten ist und die wichtigsten Funktionäre der deutschen Gewerkschaften Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sind. Im ganzen sind **39 führende Gewerkschafter in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.**

Weil also praktisch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die parlamentarische Vertretung des ADGB.-Vorstandes ist, ist folgender Satz, den wir im Organ des ADGB., der „Gewerkschafts-Zeitung“ Nr. 32 finden, bezeichnend für die Grundsätze der Sozialdemokratischen Partei und des ADGB. in bezug auf die Arbeitslosenfragen. Es heißt dort:

„Gewerkschaften und Regierung wünschen die baldige Schaffung der Arbeitslosenversicherung. Eine Arbeitslosenversicherung ohne Begrenzung der Unterstützungsdauer ist nicht denkbar . . .“

Also: Fort mit der Pflicht des Staates, für die Erwerbslosen zu sorgen, aber Staffelung der Unterstützungssätze und die damit verbundene Spaltung der Arbeitslosen infolge der großen Differenzen zwischen den Unterstützungssätzen, die Begrenzung der Unterstützungsdauer und damit das Wüten der kapitalistischen Hungerpeitsche — das „wünschen die Führer des ADGB. und die Regierung“.

Es muß unbedingt **Aufgabe eines jeden wirklich klassenbewußten Gewerkschafters** sein, den Kampf gegen die Arbeitslosenversicherung und für den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge in den Gewerkschaften zu führen. Die Gewerkschaften müssen gegen den Willen der Bureaukratie gewonnen werden für den **Kampf um die Existenz der Arbeiterklasse,** gegen die Rationalisierungspolitik der Kapitalisten, deren Erfolg ein Elend von ungeheurem Umfang bedeutet. Die Gewerkschaften werden dann ihre volle Werbekraft zurückgewinnen, wenn es den klassenbewußten Gewerkschaftern gelingt, die Gewerkschaften gegen die Absichten und Pläne der Kapitalisten und gegen den Willen der arbeitsgemeinschaftlichen Bureaukratie in den Kampf zu stellen: **Für ausreichende Erwerbslosenunterstützung vom ersten bis zum letzten Tage der Erwerbslosigkeit nach dem Prinzip der Fürsorge und gegen die Versicherung mit Beitragspflicht der Arbeiter.**

Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung in Weißenfels

„Folgen kommunistischer Zerstörungsarbeit“

Unter dieser Ueberschrift bringt der „Volksbote“, der bei der Arbeiterschaft schon lange den wohlverdienten Namen „Schwindelbote“ erhalten hat, einen Versammlungsbericht über die letzte **öffentliche Gewerkschaftsversammlung,** welche vom Ortsausschuß einberufen war. Aus dieser Versammlung macht der SPD.-Berichterstatter eine „kommunistische Volksversammlung“, obwohl das Gewerkschaftskartell der Einberufer und Leiter der Versammlung gewesen ist. Wie liegen die tatsächlichen Verhältnisse?

Haben sich die SPD.-Leute schon nicht an der internationalen Werbearbeit beteiligt, obwohl gerade sie alle Ursachen hätten, mitzuhelfen, den verlorenen **Boden** wiederzugewinnen, welchen ihre verräterischen Gewerkschaftsführer kampflos preisgegeben, so führt der „Schwindelbote“ als Werbearbeit für die Gewerkschaften einen ekelhaften und verwerflichen Kampf gegen das von Kommunisten geleitete Gewerkschaftskartell. Das soll wohl die vielgepriesene Aufbauarbeit der SPD. sein? Soll diese Betätigung zur Hebung und Stärkung der Gewerkschaften beitragen? — —

Wenn die Versammlung schlecht besucht war, so müssen wir fragen, wo blieben die angeblich „wahren und echten“ Gewerkschafter der SPD., die die Gewerkschaften als ihre unbestrittene Domäne betrachten? Sie scheuen die Oeffentlichkeit und senden ihre verleumderischen Giftpfeile aus dem Hinterhalt ihres reformistischen Sumpfes.

Die Besucher werden das Geschreibsel des „Schwindelboten“ über das Referat des kommunistischen Abgeordneten Bertz niedriger hängen, denn am Schlusse der Versammlung haben auch verschiedene der SPD. nahestehende Proleten die große Sachlichkeit und Tiefe der gemachten Ausführungen anerkannt.

Ueber die Ausführungen des zweiten Redners, Dietrich, waren wohl alle Besucher einer Meinung, denn dieser Betriebsrätesekretär von Zeitz ist einer von den Gewerkschaftsführern, die in langatmigen Sätzen sich mit den Lorbeeren der Vorkriegszeit schmücken. Die Zeit ist an ihnen spurlos vorübergegangen und von der Entwicklung sprechen sie zu den Proleten wie ein Etappenhengst von seinen „Fronterlebnissen“.

An die Arbeiterschaft müssen wir auch an dieser Stelle erneut den Appell richten, daß sie **den gewerkschaftlichen Veranstaltungen mehr Aufmerksamkeit geben** und diese mehr besuchen, trotz aller reformistischen Gewerkschaftspolitik.

Jeder klassenbewußte Gewerkschafter muß erkennen, daß ein kommunistisches Gewerkschaftskartell heute noch **eine Oase in dem reformistischen Gewerkschaftssumpf** bedeutet und daß **alle mitarbeiten müssen,** diese Oase zu vergrößern. An dieser Arbeit soll uns auch der „Schwindelbote“ nicht hindern.

Berichtet über die Stellungnahme der Gewerkschaften zur Erwerbslosenkonferenz und zum Kongreß der Werktätigen

Das ist die Aufbauarbeit des reformistischen Gewerkschaftsvorstandes!

(Arbeiterkorrespondenz aus Naumburg)

Die Sitzungen des Naumburger Ortskartells des ADGB. sind seit Januar d. J. die ereignisreichsten seit Bestehen des Kartells. Die Naumburger Buchdrucker hatten im lokalen Teil des „erzreaktionären Tageblattes“ (siehe Zeitzer „Schwindelboten“) zu Beginn des Jahres angekündigt: „Die Kommunisten haben wir aus dem Kartell herausgeworfen (indem wir uns eine Mehrheit zusammenschoben nach System Wernicke) und jetzt wollen wir aufbauen!“. Die Kartellsitzungen waren dann so inhaltreich, daß man ¾9 Uhr begann und ¼10 Uhr schließen konnte — das heißt, wenn es nach dem Willen der Fuhrmann gegangen wäre.

Wir haben es bisher unterlassen, die Sitzungen des Kartells im „Klassenkampf“ einer Kritik zu unterziehen, weil das Gewerkschaftsleben auf dem toten Punkt angelangt war. Die Herrschaften um Rubleck, Fuhrmann usw. wurden ja noch nicht einmal durch die vom IGB. angesetzte Werbewoche aus ihrem Schlaf geweckt! Aber nachdem der „Volksbote“ wieder mit seinen Schwindel- und Hetznachrichten eingesetzt hat, muß die Oeffentlichkeit durch den „Klassenkampf“ ein wahrheitsgetreues Bild erhalten.

Die am 15. September stattgefundene Kartellsitzung begann damit, daß „Lügen-Fritze“ bilder von Eberts Fritzen und Legien anpries und die Kollegen bettelte: „Nehmt bloß die Dinger ab, daß wir sie los werden“. Gedrängelt hat sich in der Sitzung keiner dazu. Vielleicht hat man in der darauffolgenden geheimen Vorstandssitzung, zu der mit der SPD. Sympathisierende hinzugezogen waren, die Bilderchen verauktioniert! Fuhrmann, allerdings ein großer Verehrer von allen beiden Fritzen, schob ohne Bild nach Hause — den drückt immer das Portemonnaie.

Gelegentlich einer Kartoffelbeschaffungs-Debatte für die organisierten Kollegen machte unser Genosse Fieker darauf aufmerksam, daß in erster Linie die **Konsumgenossenschaft** in Frage käme. Der Vorsitzende des Zimmererverbandes, Menzel, ritt daraufhin eine Attacke gegen die Genossenschaften! Daß er vom Genossen Fieker seinen Pfeffer bekam, sei nur nebenbei bemerkt.

Zum Punkt Werbewoche für die Gewerkschaften erklärt „Lügen-Fritze“: „Ich hoffe, daß alle Gewerkschaften das Nötige getan haben und wir lediglich unsere Versammlungen machen!“ — Kurzschluß! Ja, wenn nur die verfluchten Kommunisten nicht wären, die die Arbeit tatsächlich machten! Genosse Fieker brandmarkt die leichtfertige Handlungsweise, worauf wiederum der Zimmerervertreter Menzel einen lendenlahmen Gaul bestieg und mit diesem stolperte, einmal in die Kartoffeln und einmal heraus aus den Kartoffeln! Er wollte nämlich den Beweis erbringen, daß die Kommunisten die Gewerkschaften zerstören wollten. Wiederum wurde ihm die gebührende Antwort erteilt. Er lehnte auch irgendwelche Hausagitation ab, denn das sei eine erbärmliche Arbeit! SPD.-Müller (Fabrikarbeiter) erklärt: „Meine Herren Kollegen, ich muß leider feststellen, daß der Kartellvorstand rein gar nichts für die Werbewoche getan hat“. Sich selbst entschuldigt er, daß er als zweiter Vorsitzender seinen vierwöchigen Urlaub (Fabrikarbeiter-Lokalbeamter) verlebt hätte. Er versprach, in der nächsten Zeit eine Extra-Werbewoche zu veranstalten.

Anders als der Kartellvorstand hatte die **kommunistische Ortsverwaltung des DMV.** gearbeitet, die u. a. ein Werbeflugblatt für die außenstehenden Metallarbeiter verbreitet hatte.

In der Kartellsitzung wurde noch wegen der Krankenkassenwahlen debattiert, über die wir an anderer Stelle schreiben werden.

Nehmt sie bei ihren Worten!

Zur BAV.-Konferenz in Halle

Am 19. September beschloß die mitteldeutsche BAV.-Konferenz in Halle einstimmig die **Kündigung der Lohntafel** für den Braunkohlenbergbau. Die Löhne im Kalibergbau wurden von dem Referenten, Bezirksleiter Reddigau, als **dringend aufbesserungsbedürftig** bezeichnet. Die fünfprozentige Erhöhung der Schandlöhne bei der Mansfeld A.-G. sei **„kein genügender Ausgleich für Mehrleistungen der Arbeiterschaft“.**

Bergarbeiter! Haltet die Bezirksleitung des BAV. beim Worte! Den Reden müssen die Taten folgen. Helft alle mit, den Verband zu stärken und die **Kampfesfront um höhere Löhne und die Siebenstundenschicht** aufzurollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0005

Halle und Saalkreis

Aus Halles großer Zeit

Dramatische Begebenheit in drei Tagesordnungspunkten und einem Epilog. Mit Filmeinlagen.

(Nach historischen Quellen bearbeitet von Olf)

Ort der Handlung: Stadtverordnetensitzungssaal. — Zeit: Um den Stadtbankskandal. — Personen: Eine komplette Stadtverordnetenversammlung.

I.

Bürgermeister Seydel (am Magistratstisch; vor sich hinmurmelnd): Die schönen Tage von Aranjuez sind nun zu Ende.

Vorsteher Busse: Wie meinen Herr Bürgermeister soeben?

Seydel: O bitte nichts. Ich dachte nur über die Vergänglichkeit alles Irdischen nach.

Busse: Der Herr Bergermeister, pardon, Bürgermeister hat soeben über die Vergänglichkeit alles Irdischen nachgedacht. Ich bin der Ansicht, daß mir mit diesem Punkt unsere Tagesordnung eröffnen. Er heißt, vulgär ausgedrückt, Versetzung des Siegesdenkmals.

Stimme von der Tribüne: Denk mal!

Busse: Ich möchte darauf hinweisen, daß Kundgebungen seitens der Zuhörerschaft untersagt sind. Ich habe gesprochen. Das Wort zur Vergänglichkeit aller Siegesdenkmäler hat Herr Geheimrat Finger.

Finger (streicht seinen weißen Bart): Meine Damen und Herren. Von vornherein möchte ich betonen, daß es mir fernliegt, über Vergänglichkeit zu reden, da ich mich sowieso nur mit den Kulturgütern der Vergangenheit befasse, zu denen auch ich gehöre. Wenn ich das Siegesdenkmal vom juristischen Standpunkt ins Auge fasse . . .

Stimme auf der Tribüne: Der faßt dem ollen Landsknecht in de Oogen!

Finger: (unbeirrt): so kann ich nur sagen, daß es einerseits auf Pietätlosigkeit beruhen würde, das zu entfernen, was unsere Vorväter hinterlassen haben . . .

Stimme auf der Tribüne: Das jehört zum Kapital Kanalisation, Herr Jeheimrat!

Busse: Ich verbitte . . . bitte, Herr Finger!

Finger: . . . andererseits würde eine Wegsetzung des Siegesdenkmals beweisen, daß in Halle kein Funken gesunden künstlerischen Gefühls mehr vorhanden ist. Das Symbol einer kraftstrotzenden Zeit, meine Damen und Herren, ist hier handgreiflich dargestellt, und ich kann nicht begreifen, wie Sie, meine Herrschaften von der Linken . . .

(Man hört plötzlich ein furchtbares Krachen, alles läuft an die Fenster. Ein Filmstreifen zeigt blitzartig, wie das Landknechtsdenkmal auf dem Markt umfällt und in tausend Teile splittert.)

Ein kommunistischer Stadtverordneter: Der Würfel ist gefallen.

(Es wird dunkel.)

II.

(Es wird wieder hell. Elektrische Lampen und Rasen glühen auf und bestrahlen die weißen Westen der Ordnungsblockmitglieder Pfeiffer und Starke.)

Busse: . . . . und somit kämen wir zur Abstimmung über das Anleiheprogramm. Sie haben wohl nichts dagegen, meine Herren von der sozialdemokratischen Fraktion, wenn Ihr Antrag einem Ausschuß überwiesen wird?

SPD.-Fraktion (im Chor): Im Gegenteil. So gefällt uns der Herr Stadtverordnetenvorsteher!

F. O. H. Schulz (springt erregt aus dem Hintergrund, eine Wasserkaraffe mit Gläsern fällt klirrend um): Was habt Ihr da gemacht, Ihr Idioten?! Ich hatte doch schon meinen Leitartikel fertig, in dem steht, daß alle sozialdemokratischen Anträge angenommen worden sind, und daß die Kommunisten wegen Gebrauchs unethischer Ausdrücke in ihrem letzten Sitzungsbericht des „Klassenkampf" überhaupt nicht das Wort erhalten haben. Rettet nun wenigstens die Stadthalle vor dem bolschewistischen Gesindel.

Busse (geschäftsordnungsmäßigen Tons): Die Abstimmung ergibt Fallenlassen des Stadthallenprojekts, dafür Bau von Wohnungen, und erste Rate eines Stadiktrankenhauses. Der kommunistische Antrag ist mit der Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Volkischen angenommen.

Schaumburg (verhauchend): Kehre zurück; alles vergebens; wir haben es nicht gewollt.

(Bewegung beim Ordnungsblock.)

Demokrat Minner (macht einige schlaftwandlerische Gesten. Er träumt. Auf der Leinwand erscheint sein Traumbild. Ein großer Engel, grau in grau, mit flammendem Schwert, geht durch den Raum zu den Kommunisten hinüber und köpft jeden einzelnen kommunistischen Stadtverordneten. Minner will applaudieren, reißt plötzlich die Augen auf und sagt dumpf): Schade . . . nur geträumt!

III.

(Dieselbe Gegend.)

Dr. Schulze (gepflegter Männerkopf wie bei einer Wachsbüste im Friseurladen): Zehn Millionen Mark sind für die Anleihe bewilligt worden. Es sind aber gleichzeitig für elf Millionen Mark Arbeiten bewilligt worden. Es fehlt also eine Million. Möchten Sie mir erklären, meine Herren von der kommunistischen Fraktion, wer die elfte Million bezahlen soll?

Stimme von der Tribüne: „Mein Konzern", Herr Schulze, der Michel-Konzern.

Dr. Schulze: Anwürfen auf meinen Konzern muß ich ganz energisch entgegentreten. Im übrigen beantrage ich Schluß der Debatte.

Ein kommunistischer Stadtverordneter: Das könnte Ihnen so passen. Erst sprechen Sie selbst zur Sache und dann beantragen Sie Schluß der Debatte.

Busse (hat während dieser Zeit eifrig an seinen Fingern gerechnet und spricht vor sich hin): Zehn Millionen, elf Millionen, zehn Millionen, elf Millionen . . . (lauter): Meine Herren, es ist so beschlossen. (Lärm beim Ordnungsblock.)

Geheimrat Finger: Meine Herren, wenn es so beschlossen sein soll, daß wir diesmal keine Stadthalle bekommen und daß ein Krankenhaus gebaut werden soll — wogegen ich als Vorsitzender des Versicherungsamtes natürlich protestieren muß — und wenn nunmehr statt für eine Million für zwei Millionen Wohnungen gebaut werden müssen, was sich natürlich unsere Herren Hausbesitzer stark verbitten werden, so kann man doch immerhin noch das Glück oder Unglück, wie man's nennen will, korrigieren, wie schon der Dichter Lessing, der allerdings ein Judenfreund war und heute vielleicht ein Bolschewistenfreund wäre, gesagt hat.

Ordnungsblock (murmelt rhythmisch bewegt): Corriger la fortune, corriger la fortune.

Busse: Meine Herren, ich lasse das nicht zu. Sprechen Sie deutsch! Die Abstimmung ist erledigt.

Bankier Lehmann: Na denn also, wenn der Sozialdemokrat nicht zum Silberberg kommt, soll der Silberberg mal zum Sozialdemokraten gehen, denn der wohnen . . .

Stimme von der Tribüne: In Genf!

Schaumburg (zu seinem Kollegen Flücht): Hastes gehört. Jetzt betrauen sie uns mit der Verantwortung. Nun wollen wir mal zeigen, daß wir die wahren Patrioten sind, daß wir es immer gewesen waren, die die Karre des Kapitalismus aus dem trüben Schlamm bolschewistischer Umtriebe gezogen haben.

Busse: Was bemerkten Sie soeben, Herr Schaumburg?

Schaumburg: O, bitte, nichts. Mein Kollege Flücht hat nur ums Wort gebeten.

Busse: Herr Flücht hat das Wort.

Flücht: Wir haben zwar eine Stadthalle gewollt. Aber was sollten wir tun? Das Ueberrumpelungsmanöver der Kommunisten hat alle von uns ausgekonbelten Erwägungen zu Wasser gemacht.

(Lachen auf den Plätzen der Kommunisten)

Stimme auf der Tribüne: Na Flücht, nu mußte flüchten. Und hast doch sone schöne Jungfernrede gehalten.

Schaumburg (springt hin ein): Wir wollten nämlich nur zehn Millionen. Wir wollten —, wir mußten —, wir konnten doch nicht —, wir werden nach wie vor — —

Unternehmervertreter Koenede: Meine Herren von der sozialdemokratischen Fraktion! Was Herr Schaumburg soeben gesagt hat, ist mir aus der Seele gesprochen. Ich wollte hier auch eigentlich nochmals den Standpunkt des Ordnungsblocks formulieren, aber Herr Schaumburg hat alles, was ich sagen wollte, so treffend ausgeführt, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt. Ich werde in meiner Druckerei ein Büchlein herausgeben: Vom Segen der Arbeitsgemeinschaft.

(Auf der Leinwand erscheint der berühmte Silberberg-Streifen am Horizont. Sämtliche Mitglieder der SPD.-Fraktion lassen traurig die Köpfe hängen.)

Busse (in plötzlichem Erregungsanfall): Meine Herren, so kommen wir nicht weiter. Es ist schon weit genug mit uns gekommen. Ich möchte hier keinesweges aussprechen, worauf wir gekommen sind. Kommen Sie endlich zum Abschluß!

Ordnungsblock (fängt wieder an, rhythmisch zu reden): Corriger la fortune, corriger la fortune.

Busse (schreiend): Wenn das so weiter geht, sage ich mit dem leider ehemaligen König August von Sachsen, mit dem ich mehr als einen Zug gemeinsam habe: Machen Sie sich Ihren Dreck alleene.

2. Vorsitzender Hoß (ergreift die Klingel, läutet, ruft laut in den Saal): Ich beschwöre den autokratischen Geist des Herrn Oberbürgermeisters Rive, auf daß er Oel in die Wogen bürgerlicher Empörung gieße.

(Es wird sofort totenstill.)

*

Epilog

gesprochen von einem kommunistischen Stadtverordneten:

Hallische Einwohner! Ihr wundert Euch wahrscheinlich, daß in diesem Theaterstück gar kein Kommunist auftritt oder nur als Zwischenrufer. Aber Ihr werdet auch gemerkt haben, daß trotzdem alle auftretenden Personen sich immerzu mit den Kommunisten und ihren Forderungen und Anträgen beschäftigt haben. Das war mit Absicht so gehalten, damit etwas deutlicher herausgekehrt werden konnte, was wirklich vorgeht: daß Bürgerliche und Sozialdemokraten gezwungen sind, zu den kommunistischen Forderungen Stellung zu nehmen, ob sie wollen oder nicht, ob sie dafür sind oder dagegen. So ist es bei der Stadtbank — so ist es beim Anleiheprogramm. Auch damals lag etwas Gerücht von Stadtbankskandal in der Luft. Der Magistrat rührte sich nicht. Auch die Bürgerlichen, die wußten, mit was für Zutaten die angebrannte Suppe hergerichtet war, rührten sich nicht. Sie warteten. Erst als die Kommunisten dahinter kamen und Lärm schlugen, schlugen sie hinterher mit. Da schoben sie alles in einen Ausschuß, und nun warten sie wieder auf nichts zur Aufdeckung. Und wollen nur eins tun: noch mehr Geld in die Stadtbank stecken. Nebenher aber geht die Erwerbslosigkeit. Und nebenher kriegen die hallischen Straßen immer größere Löcher, und nebenher stürzen in Proletarierwohnungen den Mietern immer mehr Wände zusammen. Aber der Ordnungsblock, der die Macht hat, tut natürlich nichts. Er wartet. Er wartet auch die Initiative des Magistrats, aber der tut auch nichts. Er wartet auch. Inzwischen beschimpft man die Kommunisten, daß sie keine praktische Arbeit leisten. Und während man noch schimpft und die Kommunisten verwünscht, haben die das Anleiheprogramm vorbereitet, das Wohnungsbau fordert und Straßenpflasterung und Arbeit für die Erwerbslosen. Das müssen Sie akzeptieren. Der Magistrat muß ran und die kommunistischen Forderungen zu einer Vorlage machen. Und der Ordnungsblock muß ran und zustimmen. Und die SPD. — die wollte natürlich auch süßen Köder (denn was gehn dem Ordnungsblock die Erwerbslosen an) hatte der Magistrat eine erste Rate für den Stadthallenbau in die Vorlage geschmuggelt. Da bissen sich Ordnungsblock und SPD. dran fest. Aber es kam wieder mal anders. Die SPD. gezwungen, für die Absetzung der Stadthallenrate und für die Annahme der kommunistischen Forderungen zu stimmen. Ihre eigenen Anträge schmoren noch heute in einem Ausschuß. Was vom „Volksblatt" als Sieg sozialdemokratischer Politik gefeiert wird.

Ihr wißt jetzt aber, wie's gewesen ist. Und werdet von selbst wissen, was die Moral von dieser Geschichte ist.

Hyänen der Wohnungsnot

Die Wohnungsbau-Gesellschaft ohne Kapital — Ein ungeheuerlicher Betrug an Wohnungssuchende

Der Hauptschuldige sofort inhaftiert

„Ueberall, wo Not herrscht, finden sich auch immer Leute, die sich an der Not des Volkes zu bereichern suchen". — Mit diesen Worten leitete gestern der Staatsanwalt seine Anklagerede ein, die sich gegen den Bauunternehmer Arthur Kramer, den Geschäftsführer der hiesigen Wohnungsbau-Gesellschaft („Wobag."), Katschkowsky, und gegen den früheren Angestellten dieser „Muster"-Gesellschaft, Weißke, richtete. Die Worte, die der Staatsanwalt zitierte, sind leider gar nicht neu und bewahrheiten sich auch immer wieder. Sie müssen sich immer wieder bewahrheiten, weil dieses verlotterte und verfaulte Gesellschaftssystem nur notorischen Nichtstuern, Betrügern, Schiebern und Spekulanten den Aufstieg auf Kosten der werktätigen Massen ermöglicht. Ab und zu wird einmal einer der kleinsten der Betrüger verurteilt, die Lehrmeister der Kleinen aber, die großen Börsenmöpse, die Schlotbarone und Krautjunker können ihre legalisierten Gaunereien, genannt „Geschäft", weiter üben, kein Staatsanwalt krümmt ihnen ein Haar, und würde sich einer finden, dann wäre er die längste Zeit Staatsanwalt gewesen.

Der hier wohnhafte Bauunternehmer Arthur Kramer betrieb unter dem Namen „Kramer, Bau-Gesellschaft" sein Gewerbe. Scheinbar hat ihm dieses Unternehmen aber nicht genügend Einkommen verschafft, so daß er auf einen neuen Geschäftskniff verfiel, der ihm größere Summen einzubringen versprach. Er schritt zur Gründung der „Wohnungsbau-Gesellschaft" und wählte als Gesellschafter die Mitangeklagten Katschkowsky und Weißke. Schon die Gründung dieser Gesellschaft war ein glatter Schwindel, denn das mit 6000 Mk. angegebene Stammkapital der Gesellschaft war in Wirklichkeit gar nicht vorhanden. Die Gesellschaft wandte sich nun an Wohnungsuchende und versprach diesen, sobald sie sich bereit erklärten, der Gesellschaft einen Baukostenbeitrag in Höhe von 700 Mk. zu zahlen, innerhalb einer kurzen Frist eine Wohnung in neuerbauten Wohnhäusern zum jährlichen Mietpreis von 480 Mk. zu beschaffen. Die 700 Mk. Baukostenzuschuß sollten noch sichergestellt und nach einer Reihe von Jahren wieder ausgezahlt werden. Angesichts der katastrophalen Notlage auf dem Gebiete des Wohnwesens fanden sich zahlreiche Wohnungsuchende, die die letzten Spargroschen zusammenkratzten, oder sich die verlangten 700 Mk. sogar selbst erst liehen und der Gesellschaft aushändigten, um auf diese Weise zu verhältnismäßig günstigen Bedingungen zu einer Wohnung zu gelangen.

Gleichzeitig errichtete die Wohnungsbaugesellschaft auch noch in anderen Städten, wie in Leipzig und Nürnberg, Filialen, die in derselben Weise Wohnungsuchende zu Interessenten der Gesellschaft machten. Nach außen hin war man mächtig großzügig, und allen denen, die in Gefahrung gedracht hatten, daß der Gesellschaft, ja nur 6000 Mk. Stammkapital zur Verfügung stand, wurde gesagt, daß die Finanzierung durch ein holländisches Finanzkonsortium erfolgen würde. In den Städten Halle, Leipzig und Nürnberg hatte die Gesellschaft insgesamt rund 200 Wohnungsuchende gefunden, die alle den gewünschten Baukostenzuschuß in Höhe von 700 Mk. und teilweise auch höher leisteten. Alle diese Interessenten hatten nun auf Grund ihres Vertrages innerhalb Jahresfrist von der Gesellschaft eine Wohnung zu verlangen. Die Gesellschaft hätte also in dieser Zeit zirka 100 Häuser errichten müssen, um ihren Verpflichtungen genügen zu können. Natürlich fehlten hierzu die nötigen Millionen, ohne die ein so großzügiges Bauprogramm gar nicht durchzuführen war. Von den gesamten Baukostenzuschüssen, auch der Interessenten von außerhalb, errichtete die Gesellschaft lediglich drei Wohnhäuser mit 18 Wohnungen in Diemitz.

Die gesamten Einlagen der Wohnungsuchenden, die noch heute auf eine Wohnung warten, sind für diese drei Häuser verbraucht. Außerdem hat die Gesellschaft noch einen Berg Schulden, da der Bauunternehmer noch erhebliche Forderungen hat. Zirka 30 000 Mk. hat die Gesellschaft allein für den Unterhalt ihrer Bureaus und Filialen, sowie für die Gehälter ihrer Angestellten verbraucht, und selbst diese Forderungen sind nicht restlos befriedigt.

Inzwischen war es aber auch zwischen den Gesellschaftern und dem eigentlichen Gründer dieser Gesellschaft, dem Bauunternehmer Kramer, zu einem Konflikt gekommen. Kramer behielt einkassierte Baukostenzuschüsse gleich für sich. Diese Gelder, die sich auf über 10 000 Mk. belaufen, sollen nach seinen Angaben die Entschädigung für seine Vorarbeiten sein. Die beiden anderen Gesellschafter, von denen der eine nicht als solcher eingetragen war, und der den Schwindel auch früh genug durchschaute und seine Stellung kündigte, drängten Kramer fortwährend, doch endlich die versprochenen Gelder herbeizuschaffen. Kramer vertröstete sie aber von einem Tag auf den anderen und meinte schließlich, daß auch die Bauten in Diemitz gar nicht in Angriff genommen werden sollten. Er verlangte das Geld der Gesellschaft, um es in seinem Geschäft arbeiten zu lassen. Hiergegen wehrte sich aber der zweite Teilhaber ganz energisch und übertrug die Bauten in Diemitz schließlich einem anderen Unternehmer.

Es ist schwer, aus dem ganzen Wust der Schwindeleien überhaupt klug zu werden. So wurde von Kramer noch in Leipzig eine Bank gegründet, die wiederum nur ein Luftgeschäft war, und die auch nicht einen Pfennig wirkliches Stammkapital hatte. Die Gesellschafter dieser Bank waren wiederum die beiden Mitangeklagten. Mit dieser Gründung hat Kramer zweifellos nur den Zweck verfolgt, die Gelder der Wohnungsbau-Gesellschaft auf dieser Bank zu deponieren und sie sich dann anzueignen.

Die Mitangeklagten beteuern ihre Unschuld und wollen sehr lange geglaubt haben, daß Kramer tatsächlich Hintermänner habe, die das ganze Bauprogramm finanzieren würden. Der Angeklagte Weißke gibt an, niemals Gesellschafter, sondern nur Angestellter der Firma gewesen zu sein, und als er den Schwindel durchschaut habe, habe er auch sofort seine Stellung verlassen. Katschkowsky gibt an, daß er, nachdem er gemerkt habe, daß Kramer niemals in der Lage sein werde, das nötige Geld für die Bauten zu beschaffen, sich selbst ernstlich nach Geld umgesehen habe, um die Wohnungssuchenden nicht zu schädigen. Tatsächlich konnte er den Nachweis führen, daß er ununterbrochen Verhandlungen mit der Landespfandbriefanstalt und einigen anderen Banken geführt hat. Die Preußische Landespfandbriefanstalt hat ja auf die Grundstücke in Diemitz auch tatsächlich eine Hypothek hergeliehen und soll nach seinen Angaben auch weiter bereit sein, die Gesellschaft finanziell zu unterstützen, sobald die schwebende Strafsache restlos geklärt ist. Wie dem auch sei, fest steht jedenfalls schon heute, daß die weit aus größer Zahl der Wohnungsuchenden um die sauer verdienten und abgesparten und zusammengeliehenen Beträge betrogen wurde. Aller Voraussicht nach wird keiner von ihnen auch nur einen Pfennig von den geleisteten Bauzuschüssen wieder zurückerhalten. Selbst die Mieter der 18 Wohnungen in Diemitz werden noch einige unangenehme Enttäuschungen erleben, denn die Belastung der Grundstücke ist so hoch, daß sich über kurz oder lang die Mietpreise mindestens auf das Dreifache erhöhen müssen.

Der Vertreter der Anklage beantragte gegen Kramer eine **Gefängnisstrafe von 3 Jahren, sowie auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren.** Gegen Katschkowsky eine **Gefängnisstrafe von 8 Monaten.** Den Angeklagten Weißke beantragte er freizusprechen, da diesem ein Betrug nicht nachzuweisen war.

Nach fast zehnstündiger Verhandlung sprach das Gericht folgendes Urteil: Der Angeklagte Kramer ist des Betruges schuldig und wird unter Auferlegung der Kosten zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren verurteilt. Gleichzeitig wird auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 3 Jahren erkannt. Der Angeklagte Katschkowsky wird wegen des Betruges freigesprochen und wegen Vergehens gegen den § 82 des Genossenschaftsgesetzes zu einer Geldstrafe von 200 Mark verurteilt. Der Angeklagte Weißke wird freigesprochen.

Nachdem das Urteil verkündet war, beantragte der Staatsanwalt **den Verurteilten Kramer sofort in Haft zu nehmen,** da angesichts der Höhe der Strafe ein Fluchtverdacht im Bereich der Möglichkeit liege. Das Gericht entsprach dem Antrag. Kramer wurde sofort verhaftet. Er gab zu erkennen, gegen das Urteil Berufung einzulegen.

Und wer hilft nun den fast 200 Betrogenen? — Es handelt sich fast ausnahmslos um Angestellte, kleine Beamte und Handwerker. Man soll sich keiner Illusion hingeben, daß die noch bestehende Wohnungsbaugesellschaft wieder Herr der Erwerbslosen Lage werden könne. Wenn hier nicht Hilfe von staatlicher Seite kommt, und das ist kaum anzunehmen, werden die Geprellten endgültig auf ihre gezahlten Baukostenzuschüsse verzichten müssen. Es wäre nur zu hoffen, daß sie aus dieser Affäre die einzige richtige Lehre ziehen, daß sich auch die herrschende Wohnungsnot erfolgreich nicht anders, als durch den festen Zusammenschluß aller Werktätigen bekämpfen läßt. Der Staat hat die Pflicht dafür zu sorgen, daß allen Staatsbürgern auch der nötige Wohnraum garantiert wird. Wenn unser heutiges Staatsgebilde nicht Herr der Wohnungsnot werden kann, dann ist das nur ein Zeichen mehr dafür, daß dieser hilflose Staat, der für Pferderennen, Flugsport, Spielhallenspielereien und andere luxuriöse Dinge Riesensummen verausgabt, auch keine Existenzberechtigung mehr hat. Die Wohnungsnot kann man erfolgreich auch nicht durch Siedlungsgenossenschaften bekämpfen. Sie steht und fällt mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, die nur durch den rücksichtslosen Klassenkampf, von einer festgefügten Front aller ausgebeuteten Hand- und Kopfarbeiter beseitigt werden kann. Solange diese „Ordnung" nicht beseitigt ist, wird auch Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit weiter bestehen.

Darum erwächst ganz besonders den Erwerbslosen und den Wohnungslosen die Pflicht, sich in die einheitliche Kampffront der Arbeiterklasse einzureihen. Rüstet zum kommenden Kongreß der Werktätigen! Wählt Eure Delegierten und kämpft gemeinsam mit allen anderen ausgebeuteten und betrogenen Arbeitern für Eure Rechte, für den Sturz des Gesellschaftssystems der besitzenden Klasse!

Der Haushalt-Ausschuß

hatte gestern wieder über eine Reihe von Vorlagen zu beraten, daß die Sitzung drei Stunden dauerte. Selbstverständlich befasste sich wieder mehrere Punkte auf der Tagesordnung, deren Geheimhaltung beschlossen wurde. Der 1. Punkt betrifft Nachtragsvorlage zur Vergnügungssteuerordnung, welche den neuen Reichsstaatsbeschluß, daß die Städten gegebenen „geringfügigen Vergünstigungen fort auszunutzen". Stv. Finger als Berichterstatter führte aus, daß die städtischen Einnahmen wesentlich leiden werden, da der Steuerausfall von 125 000 Mark eintreten wird. Es handelt sich ein äußerst kompliziertes Erhebungssystem, welches sich nach Länge der Filme richtet. Die Vorlage wird angenommen. Punkt 2 **Fortführung der Stadtbankgeschäfte,** löste begreiflicherweise eine längere Debatte aus. Die Vorlage erörterte folgende Gesichtspunkte: 1. Die Stadtbank wird weiterzuführen. Bei den hohen Unkosten für Verzinsung und Verwaltung wird die Stadtbank jährlich mit einem Verlust von 53 700 Mark arbeiten müssen. Hierzu treten die hohen Verluste, die durch schwere

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0006

...barkeit der Pfandobjekte entstehen. 2. Die Stadtbank geht ein. Die sofortige Abwicklung der Stadtbankgeschäfte, die ... bis 2 Jahre in Anspruch nimmt, erfordert hohe Prozeß- und Verwaltungskosten. Die Verluste würden schätzungsweise 7 Millionen Mark betragen, ganz abgesehen von den Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt. 3. Anschluß an die Kommunalbank, welche eine hiesige Niederlassung der Girozentrale für die Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt ist. Sie wird von sämtlichen öffentlichen Sparkassen der Provinz getragen und ist eine öffentlich-rechtliche Einrichtung. Die Gewinne sollen nach und nach zur Abdeckung der Verluste verwendet werden, so daß die schwachen Objekte bessere Verwertung erfahren, die flüssigen städtischen Gelder im eigenen Bankgeschäft nutzbringend angelegt werden und die bankmäßige Weiterführung der soliden Kredite gesichert ist. Bei der Sachlage trat der Ausschuß der Vorlage des Magistrats bei, da bei der katastrophalen Situation eben nichts anderes übrigbleibt. Punkt 7 und 8, Gaslieferungsverträge mit Ammendorf und Diemitz, passierte ohne Debatte. Bei Punkt 9, Erhöhung der Beihilfe für die Ev. Stadtmission, wurde Vertagung beschlossen, damit die bestehenden Verträge mit derselben nachgeprüft werden können. Unsererseits besteht ohnehin keine Neigung, für unkontrollierbare Organisationen städtische Gelder auszugeben, besonders bei den Tendenzen der „Trinkerfürsorge" des „Blauen Kreuzes". Punkt 10, Ortssatzung betr. Erhebung von Berufsschulbeiträgen, wird angenommen, aber nur für 1926, da der „Gewerbesteuerspezialist" Könnecke ein Unrecht darin sieht, daß die Beiträge als Zuschlag zu den Gewerbesteuern erhoben werden. Punkt 15, Jahresabschluß der Sparkasse und Stadtbank 1925, ergibt einen Gewinn von 290 000 Mark, welcher auf Delcredere-Konto verbucht wird. Bei dieser Gelegenheit kommt zur Sprache,

daß Herr Seydel nach wie vor das Sparkassen-Dezernat innehat,

was eine grobe Täuschung der Oeffentlichkeit bedeutet. Die Vertreter des Ordnungsblocks sind sehr gedrückt über diese neue Gefahr für ihren Schützling Seydel. „Man" will erst unter sich beraten, ob es angebracht erscheint, die Entfernung Seydels aus dem Sparkassenvorstande dem Magistrat nahezulegen. — Außerhalb der Tagesordnung entsteht noch eine längere Debatte über Straßenbaukosten-Nachforderung von über 200 000 Mark, da der Fonds dafür aufgebraucht ist. Schließlich wurde den Anträgen der Tiefbauverwaltung zugestimmt. Zum Schluß kam noch der Magistrat mit seinem „Anliegen". Er könne nämlich nichts mit den Beschlüssen der letzten Stadtverordnetenversammlung anfangen, weil die Ansätze auf 11 Millionen im einzelnen gestiegen ist, insgesamt aber auch nur 10 Millionen beschlossen seien.

...nger machte den unerhörten Vorschlag, das Stadtkrankenhaus zu streichen,

denn etwas müsse doch gestrichen werden. Herr Hoë verteidigte nochmals die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse, nach welchen das Arbeitsbeschaffungsprogramm tatsächlich auf 11,1 Million erhöht worden ist. Jedenfalls wird es in der nächsten Versammlung zu neuen Vorstößen des Ordnungsblockes kommen, die sich hauptsächlich gegen unsere bereits angenommenen Verbesserungsanträge richten werden.

In der gestrigen Rechts- und Verfassungs-Ausschußsitzung

wurden die Fragen der Kommunisten zum **Stadtbank-Skandal** angenommen. Der Vorsitzende, Herr Geheimrat Finger, meinte zwar gewollt, der größte Teil der Fragen sei gegenstandslos geworden, da Bürgermeister Seydel ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragt habe. Diese Meinung begegnete allgemein lebhaftem Widerspruch. Die Schachzüge des Herrn Seydel interessieren uns ebenfalls nicht, da die Oeffentlichkeit von den Stadtverordneten Rechenschaft fordert und Sühne verlangt. Unseren Antrag, die Oeffentlichkeit zu beschließen, ließ Herr Finger zur Abstimmung nicht zu, desgleichen unseren weiteren Antrag, die Presseberichterstatter zuzulassen. Sogar der Antrag, einen Stenographen des Magistrats bei besonderen Befragungen und Gegenüberstellungen zur Verfügung zu stellen, wurde nicht zur Abstimmung zugelassen. Dagegen sollten auf Beschluß Sachverständige zur Information des Ausschusses bestellt werden, ebenso sollen städtische Beamte, die nach den Ergebnissen beteiligt sind, geladen und befragt werden. Beschlossen wurde fernerhin die Herausgabe von Kommuniques, damit die Oeffentlichkeit über den Stand der Arbeiten unterrichtet wird.

Hallische Tageschronik

Verkehrsunfall. Am 23. September, gegen 7 Uhr vormittags, löste sich kurz vor Trotha an einem mit Steinschotter beladenen Lastkraftwagen die Verbindung zwischen Motorwagen und Anhänger. Als der Kraftwagenführer aus diesem Grunde hielt, fuhr der nun haltlose Anhänger auf den Motorwagen auf, wodurch der auf dem Anhänger sitzende Beifahrer vom Sitz geschleudert und unglücklich zwischen die Wagen geklemmt wurde, daß ihm der linke Schenkel zerquetscht wurde. Der Verunglückte wurde mittels Krankenwagens dem Diakonissenhause zugeführt.

Selbstmord. Am 23. September, gegen 3 Uhr nachmittags, verübte eine 31jährige Frau in ihrer Wohnung Selbstmord durch Erhängen. Der Grund zur Tat sollen eheliche Zerwürfnisse sein.

Pflanzenpflege durch Schulkinder. Die von den Schülern und Schülerinnen der Volks- und Mittelschulen gepflegten und mit Preisen ausgezeichneten Blumenstöckchen werden Sonntag, den [illegible] September d. J., von 10 bis 1 Uhr und von 3 bis 5 Uhr in der Turnhalle der Talamtschule — Dreyhauptstraße — öffentlich ausgestellt. Besichtigung ist jedermann gestattet. Eintritt frei.

Oeffentliche Verbraucher-Versammlung. Am Dienstag, dem [illegible] September 1926, abends 8 Uhr, findet im großen Saal des „Volkspark", Burgstraße 27, eine vom Allgemeinen Konsumverein Halle und Umg. einberufene Konsumenten-Versammlung statt, in welcher u. a. eine Reihe der modernen Eigenbetriebe der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine im Film gezeigt werden. Der Eintritt ist frei. Zahlreiches Erscheinen, namentlich der Hausfrauen, ist erwünscht.

Vertreterwahl zum Allgemeinen Konsumverein Halle u. Umg. Wie uns mitgeteilt wird, findet die Wahl zur Vertreterversammlung am Sonntag, dem 17. Oktober 1926, von vormittags 10 bis mittags 1 Uhr in sämtlichen Verteilungsstellen statt. Zu wählen sind 180 Vertreter. Wahlvorschläge müssen bis 3. Oktober 1926 beim Vorstand des Allgemeinen Konsumvereins eingereicht werden. Die Vertreterwahl ist bereits durch Aushang in den Verteilungsstellen bekanntgemacht; auch sind die Wahlbestimmungen dort ausgehängt.

Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle

Jugendgenossen! Am Sonnabend, dem 25. September, treffen in Halle russische Sportler ein. Diesen muß ein wuchtiger Empfang bereitet werden durch restlose Teilnahme der Arbeiterschaft. Sammelplatz der Jugend ½6 Uhr Weingärtenplatz. Jedes Mitglied ist verpflichtet, zu erscheinen. Helft alle, den Empfang der russischen Sportler zu einem wuchtigen Empfang zu gestalten.

Ausstellung von kunstgewerblichen Erzeugnissen aus Sowjet-Rußland

am Sonntag, dem 26. September, vormittags, im „Volkspark" (Kolonnade).

Die ausgestellten eGgenstände (Holzschnitzwaren) werden
Die ausgestellten Gegenstände somit von den Besuchern erworben werden. Los 30 Pfennig. Wir fordern die Arbeiterschaft zur zahlreichen Beteiligung auf.

Ortsgruppe Halle des Bundes der Freunde der IAH.

Ein Kapitel deutscher Justiz

Gesuche von Kommunisten an den Justizminister werden nicht beantwortet

Am 27. April d. J. wurden vor dem erweiterten Schöffengericht in Halle unsere Jugendgenossen Kurt Kuhles und Walter Langenhagen zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt, nachdem sie bereits seit dem 17. Oktober 1925 in Untersuchungshaft waren. Grund: Körperverletzung. Wie war nun eigentlich der Tatbestand?

Am 6. Oktober 1925 kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes und der „Kolonial-Jugend", in deren Verlauf Mitglieder der „Kolonial-Jugend verletzt wurden. Daß es sich hierbei um keinen „geplanten Ueberfall" von Kommunisten auf „wehrlose" Jugendliche handelt, geht aus der Tatsache hervor, daß sich bei der Kommunistischen Jugend meist ganz junge und größtenteils weibliche Mitglieder befanden, während die faschistischen Jugendbündler alles kräftigere und größere Leute waren. Es wäre unvernünftig gewesen, diese angreifen zu wollen, zumal feststeht, daß solche Jugendverbände, wie es die „Kolonial-Jugend" ist, meist mit Schußwaffen versehen sind, was auch die Gerichtsverhandlung ergab. Fest steht vielmehr, und das gab selbst der Angeklagte Grüber zu, der als Spitzel in diesem Prozeß tätig war, daß vor dem Eintreffen der Angeklagten bereits ein kleiner Trupp jüngerer Burschen und Mädchen von der Kommunistischen Jugend auf der Peißnitz war. Diese wurden von den Jugendbündlern belästigt, was schließlich zur Schlägerei führte, in deren Verlauf auch von seiten der „Kolonial-Jugend" geschossen wurde. Es war nun ein Gebot der Not, daß die Verurteilten Kuhles und Langenhagen ihren bedrängten hilflosen Genossen zu Hilfe eilten und sich gegen die einen geschlossenen Angriff führenden Gegner zur Wehr setzten. Wir behaupten, daß Staatsanwalt und Richter in der gleichen Situation genau so gehandelt hätten. Aber hier waren es eben Kommunisten, und da ist eine an sich so selbstverständliche Handlungsweise ein Verbrechen. Kommunisten dürfen sich nicht wehren.

Die Anklage stützte sich in der Hauptsache auf die Aussagen des Angeklagten Grüber, der Aussagen konstruierte, die ihn entlasteten und unsere Genossen belasteten. **Dieser Grüber betrieb das Handwerk eines Spitzels,** was aus folgender Tatsache klar hervorgeht: Am 17. Oktober 1925 fand im „Volkspark" der Kongreß des Kommunistischen Jugend-Verbandes statt, an dem auch Genosse Langenhagen teilnahm. Da erschien plötzlich Grüber im Saale und forderte Langenhagen auf, einmal herauszukommen, es seien einige Freunde draußen, die ihn sprechen wollten.

Diese Freunde waren Kriminalbeamte,

die Langenhagen sofort festnahmen. **Grüber war also der Helfer der Polizei und der „Kolonial-Jugend".** Grüber selbst wurde, was nicht verwunderlich war, freigesprochen. Wenn es nun objektiv denkende Richter gewesen wären, die den Prozeß führten, so mußten sie die Aussagen dieses Grüber für vollkommen wertlos erachten und zu der Ueberzeugung gelangen, daß sich dieser ganze Vorgang in seinen wesentlichen Teilen gerade seinen Aussagen entgegengesetzt abgespielt hat. Aber wie viele objektive Richter gibt es in der deutschen Republik?

Da erwiesen ist, daß die Genossen Kuhles und Langenhagen sich nur zur Wehr setzten und ihre Genossen aus einer bedrängten Lage befreiten, so ist

dieses Urteil eine unerhörte Vergewaltigung der einfachsten Menschenrechte und Menschenpflichten!

Das gab nun der Ortsgruppe Halle des Kommunistischen Jugendverbandes Veranlassung, gegen diese Art der „Rechtsprechung" zu protestieren. Bereits im Juli wurden Amnestielisten herausgegeben und Unterschriften gesammelt. Das Ergebnis dieser Unterschriftensammlung waren 5097 Unterschriften von hallischen Einwohnern, von denen ein großer Teil die Angeklagten persönlich kennt. Diese Listen wurden an das Reichszustizministerium eingesandt mit einem Gesuch an den Herrn Reichsjustizminister, den beiden Genossen Kuhles und Langenhagen die Reststrafe zu erlassen. Trotz einer eingehenden Begründung des Gesuches und der Mitteilung, daß beiden Jugendgenossen sofort Arbeit zur Verfügung steht, war es erfolglos. Hätte es sich um Stahlhelmer oder Fememörder gehandelt, befänden sich diese bestimmt schon auf freiem Fuße, wenn sie überhaupt verurteilt worden wären. Aber bei Kommunisten hält man es noch nicht einmal für notwendig, auf ein Gesuch, das seit dem 12. August in den Händen der Behörden ist, überhaupt zu antworten. In der deutschen, der freiesten Republik ist eben vor dem Gesetz ein jeder gleich, und wir haben auch keine Klassenjustiz. Nicht wahr, Herr Reichsjustizminister?

Nun erst recht gilt es alle Kräfte daranzusetzen, die Freilassung nicht nur der Genossen Kuhles und Langenhagen, sondern aller proletarischen politischen Gefangenen zu erzwingen. Ungezählte nationalistische Verbrecher und Mörder befinden sich auf freiem Fuß, während tausende Proletarier, die in ihrer ehrlichen Ueberzeugung für eine bessere Existenz kämpften, von derselben Klassenjustiz auf viele Jahre in die Kerker geworfen wurden, in denen schon viele infolge „guter Behandlung" zugrunde gingen.

Das deutsche klassenbewußte Proletariat muß sich fest zusammenschließen und kämpfen für die Befreiung der Arbeiterschaft, für eine Regierung der Arbeiter und Bauern, in der es keine reaktionären Richter und Justizminister gibt. Immer lauter muß der Ruf ertönen:

Hinweg mit dieser Justiz!

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Parteigenossen, Kameraden, Arbeiter!

Sportler aus Sowjet-Rußland in Halle!

Auf zum Empfang unserer russischen Genossen am Sonnabend, dem 25. Sepember, abends 6¼ Uhr, pünktlich auf dem Thielenplatz.

Arbeiter, Sportler, Werktätige erscheint in Massen!

Bez.-Leitung der KPD. Gauleitung des RFB.
RFMB. KJVD. Roter Jungsturm.

*

Die Russenmannschaft trifft morgen, Sonnabend, abends 6.35 Uhr, mit dem Zuge hier ein. Das Arbeitersportkartell hat einen großen Empfang auf dem Thielenplatz arrangiert. Nicht nur die gesamten Arbeitersportler müssen dort erscheinen, auch die übrige Arbeiterschaft muß in Massen zum Empfang aufmarschieren. Der Zug geht dann durch verschiedene Straßen zum „Volkspark". (Näheres siehe unter Sportnachrichten.)

Neues vom Tage

In der Dunggrube erstickt

In Hohenwarsleben bei Magdeburg geriet der 15jährige Sohn des Kaufmanns Niemann bei dem Versuch, ein in eine Dunggrube gefallenes Schwein zu retten, in die Grube, durch deren Gase er erstickte. Die dem Verunglückten zu Hilfe eilende Mutter erlitt das gleiche Schicksal. Mutter und Sohn konnten nur noch als Leichen aus der Grube geborgen werden.

Der Tokio — Sibirien-Expreß entgleist

20 Tote, 100 Verletzte

Der Expreßzug Tokio—Sibirien ist bei Hiroshima entgleist, wobei es 20 Tote und 100 Verletzte gab.

Zusammenstoß zwischen Eisenbahnzug und Lastauto

Aus Unteröwisheim (Amt Bruchsal) wird gemeldet: Am Mittwochmittag wurde ein Lastauto mit Anhänger, in welchem sich zehn Frauen vom Bruchsaler Wochenmarkt befanden, bei einem Bahnübergang von einem Zuge angefahren. Beide Wagen wurden etwa 20 Meter weit fortgeschleudert und umgeworfen. Die Insassen gerieten zum Teil unter die Wagen, zum Teil wurden sie im Bogen auf die Straße geschleudert. Zwei Frauen wurden getötet und drei schwer verletzt. Die anderen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Folgen der Autoraserei

Aus Durmersheim bei Karlsruhe wird berichtet: Am Mittwochvormittag fuhr auf der Karlsruher Straße ein auf der Fahrt von Wetzlar nach Konstanz befindlicher Personenkraftwagen infolge Steuerbruchs mit 80 Kilometer Stundengeschwindigkeit gegen einen Kilometerstein. Das Auto wurde zertrümmert. Der Fahrer Klein aus Wetzlar sowie die Kaufleute Roemer und Schulz waren sofort tot. Eine Frau und ein zwölfjähriger Knabe wurden leicht verletzt; sie wurden in ein Krankenhaus gebracht.

Eisenbahnunglück in Polen

Mittwoch abend gegen 10 Uhr fuhr bei Bahnhof Czerwionka der von Kattowitz kommende Personenzug, wahrscheinlich infolge Nichtbeachtens der Signale, auf einen mit Kohlen beladenen Güterzug auf. Zwei Wagen des Güterzuges wurden vollkommen zertrümmert, drei Wagen stürzten die Böschung hinab. Die Lokomotive des Personenzuges blieb an der Birawka-Brücke über einem etwa 10 Meter tiefen Abgrund hängen. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch trugen einige Personen Verletzungen davon.

Stadttheater. In der heutigen „Aida"-Aufführung singt Ica von Barsy die Amneris und Alfred Schütz den Ramphis.

Arbeiter-Sport

Russische Ringer am 25. und 26. in Halle

Vom Arbeitsausschuß Germania-Felsenfest wird uns geschrieben:

Nur noch wenige Stunden trennen uns von dem großen sportlichen Ereignis, welches uns am 26. September, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark" bevorsteht. Die russische Mannschaft trifft am 25. September, nachmittags 6.35 Uhr, in Halle ein und wird am Bahnhof Thielenstraße von allen dem Sportkartell Halle angeschlossenen Vereinen empfangen werden; der Zug geht dann durch die König-, Post-, Friedrich- und Burgstraße nach dem „Volkspark". Dortselbst großer Empfangs- und Varieté-Abend, wobei ein Eintrittsgeld von nur 30 Pfennig erhoben wird.

Die beiden Mannschaften im Ringkampf treten am Sonntagvormittag 11 Uhr wie folgt an:

Rußland		Deutschland
Alexion Sinikolsion	Fliegengewicht 106 Pfund	Curt Spazier.
Mizailon Borisenko	Bantamgewicht 116 Pfund	Max Hausick.
Nikolsion Jwanowu	Federgewicht 124 Pfund	Walter Meye.
Wassilon Ribjonon	Leichtgewicht 135 Pfund	Paul Sachse.
Georgion Jwakowon	Leichtmittelgewicht 150 Pfund	Emil Kleine.
Wladimoon Elaidinon	Schwermittelgewicht 165 Pfund	Otto Pfeiffer.
Alexandron Wernikowskan	Schwergewicht (darüber)	Willi Lehmann.

Das Kampfgericht hierzu besteht aus Paul Kretschmann (Obmann); Bonislatmoo (Rußland), Herm. Wittig (Halle).

Vor den Ringkämpfen große Jiu-Jitsu-Vorführungen.

Am Sonntagnachmittag von 3 Uhr an ist großer Festball zu Ehren unserer russischen Sportgenossen. Dieselben sind vom Nachmittag an beim Ball anwesend. Es wird die gesamte Arbeiterschaft zu den Veranstaltungen eingeladen. Erscheint in Massen! Gleichzeitig weisen wir nochmals darauf hin, den Vorverkauf in den bekannten Vorverkaufsstellen zu benutzen, damit am Sonntag bei dem zu erwartenden Massenandrang alles reibungslos von statten geht. Für die Arbeitslosen ist am Sonntagvormittag ab 9 Uhr eine Kasse extra eröffnet, wo sich jeder mit Ausweis eine Eintrittskarte für 50 Pfennig lösen kann.

Funkausstellung in Ammendorf

Die Ortsgruppe des Arbeiter-Radio-Klubs Ammendorf veranstaltet am Sonntag, dem 26. September, in der Burg (Radewell) eine **Werbe-Funkausstellung**, in tag, dem 2666. September, in der Burg (Radewell) eine **Werbe-Funkausstellung**, in der die bis jetzt von dieser jungen Gruppe geleisteten Arbeiten vorgeführt werden sollen. Abends 8 Uhr findet ein Lichtbildervortrag über die Radiotechnik statt. Die Funkfreunde von Halle werden gebeten, die Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen.

Sonntag, den 26. September, vormittags 11 Uhr, im „Volkspark"

Großer internationaler Ringkampf

Rußland — Deutschland
Ländermannschaft „Germania-Felsenfest"

Vorher große Jiu-Jitsu-Kämpfe.

Eintritt 1 Mk. **Arbeitslose 50 Pf.**

Sonnabend, 25. September: Empfang der Russen und großer Varieté-Abend im „Volkspark". Eintritt 30 Pf.

Benutzt den Vorverkauf: Steinbrecher & Jasper, „Volkspark" und sämtliche Konsum-Filialen. Der Arbeitsausschuß.

Arbeiter-Athletenbund Deutschlands, 5. Kreis

Sonnabend, den 25. September, nachmittags 2½ Uhr, findet auf dem Stadion die Austragung der Zehnkampfmeisterschaft in der Leichtathletik statt. Der Bundessportwart für Leichtathletik, Sportgenosse Schneider, nimmt den Kampf von der Mannschaft des Sportklubs Adler von 1895, der Norddeutscher Meister ist, selbst ab, da es der Entscheidungskampf um die Deutsche Meisterschaft ist. Wegen Fehlens eines geeigneten Platzes konnte dieser Kampf in Leipzig, zusammen mit den anderen Gruppenmeistern nicht stattfinden, sondern muß getrennt stattfinden. Hoffen wir, daß es dem Sportklub Adler vergönnt ist, recht erfolgreich abzuschneiden.

Sportberichterstatterzentrale

Zu dem Ringerwettstreit am Sonntag zwischen Rußland und Germania-Felsenfest übernimmt Sportgenosse Albig die Berichterstattung. Die Berichterstattung am Sonnabend im „Volkspark zur Begrüßungsfeier der russischen Ringer bleibt den beiden Zeitungen überlassen.

Als Berichterstatteer zum Handballspiel Halle — Leipzig am Sonntag, 26. Sept., auf dem Minerva-Platz hat 1. Sportlerinnen Gebhardt (Othello), 2. Sportler Albig (Fichte Halle). Die angesetzten Berichterstatter werden ersucht, pünktlich zu den angesetzten Veranstaltungen zur Stelle zu sein. Unentschuldigtes Fehlen zieht Entziehung des Ausweises nach sich. Die Berichte müssen in dreifacher Abschrift bis spätestens ½8 Uhr abends der Zentrale („Volkspark") abgegeben sein.

Jeden Sonntag von ½5 Uhr bis ½8 Uhr findet im „Volkspark" Sportberichterstattung statt. Alle Resultate und Berichte müssen in der angegebenen Zeit der Zentrale übermittelt werden. Telephon 290 25 („Volkspark"). **J. A.: Pabst.**

Fichte- und Schwimmer-Spielleute. Sonnabend, 25. September, 6 Uhr, auf dem Thielenplatz geschlossen antreten. Anzug: Zivil, weißen Schillerkragen und Regatta-Mütze. Fichte-Spielleute treffen sich auch Sonntag, 26. September, um 1 Uhr auf dem Fichte-Platz zum Photographieren in weiß mit Instrument.

2. Kreis, 6. Bezirk, 1. Gruppe (Handball). Wir bitten alle Sportler und Sportlerinnen, sich Sonntag, vorm. um 10 Uhr, am Bahnhof, Eingang Thielenstraße, einzufinden zum Empfang der Leipziger Mannschaften.

Vereinsmitteilungen

HFC. Viktoria 08. Serienspiele am Sonntag, 26. September: 1. — Sportbrüder 1. um 4 Uhr Sandanger. 2. — Askania 2. um 4 Uhr in Nietleben. 3. — Minerva 3. um ½1 Uhr Minerva-Platz. 1. Jugend — Teicha Jugend um ½3 Uhr in Teicha. 2. Jugend — Fichte 2. Jugend um 10 Uhr Fichte-Platz. — Die fällige Jugendversammlung findet am Freitag, 24. September, im Vereinslokal statt.

Sportvereinigung Achilles von 1898. Sonnabend, 25. Sept., treffen sich sämtliche Sportler und Sportlerinnen zum Empfang der russischen Ringer am Riebeckplatz, Haltestelle der Fernbahn Halle-Merseburg, pünktlich um 6 Uhr. Um vollzähliges Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Freier Wassersportverein Halle. Sonntag, 26. Sept., vorm. 9 Uhr, Meldeöffnung zum Schwimmfest am 3. Oktober im Bade.

Eiche-International. Sämtliche Mitglieder treffen sich am Sonnabend, abends ½7 Uhr, an den Riebeckschen Montanwerken, Thielenstraße, zum Empfang der russischen Ringer. Gleichzeitig weisen wir sämtliche Mitglieder, Freunde und Gönner auf unser am 26. Sept. stattfindendes Vergnügen im „Gesellschaftshaus" Diemitz hin. Treffpunkt aller Mitglieder ½3 Uhr Walhalla-Theater. Die erste Boxmannschaft, welche Montag, 27. Sept., nach Leipzig fährt, trifft sich nachmittags ½5 Uhr in der Bahnhofsvorhalle.

Sportverein Rüstig Vorwärts Bruckdorf. Am Sonnabend, 25. Sept., findet unsere fällige Monatsversammlung statt. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Verantwortlich: Max Lademann, Halle a. d. S., für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: J. V.: W. Barnack, Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0007

Schlafzimmer mit 100 Mk. Anzahlung Monatsrate 50 Mk.

Möbel auf Abzahlung

Speisezimmer mit 100 Mk. Anzahlung Monatsrate 50 Mk.

Mit **5 Mark Anzahlung**
Korbsessel, Korbtische, Bilder, Steppdecken, Spiegel, Stühle, Nachtspinde
Wochenrate 3 Mark

Mit **10 Mark Anzahlung**
Ruhebetten, Divandecken, Rauchtische, Nähtische, Metallbetten, Matratzen, Ausziehtische
Wochenrate 3 Mark

Mit **10 Mark Anzahlung**
Teppiche, Musikkapparate, Kleiderschränke, Vertikos, Waschkomm. mit Marmor u. Spiegel, Flurgarderoben
Wochenrate 3 Mark

Mit **20 Mark Anzahlung**
Kinderbettstellen, Plüschsofas, Schreibtische, Standuhren, Büchenschränke, Frisiertoilett. Küchen
Wochenrate 5 Mark

Gr. Ulrichstraße 51 **Eichmann & Co.** Eingang Schulstraße

In dieser Jahreszeit
kein Haushalt ohne
Hallorentropfen
der beste Magenlikör 3436
Brehmer Nachf., ob. Leipzigerstr. 43

Winter-Normal-Hemden 2.75 mit Doppelbrust . . . . . .
Winter-Normal-Hemden 3.50 m. Doppelbrust, extrastarker .
Winter-Hosen derbe Qualität . . 2.75 und 2.25
Blaue Schlosser-Jacken und Hosen billigst!
Dauerwäsche-Vertrieb
Kleiner Berlin 2, 1 Treppe, Eingang Sternstraße

Pralinen, frisch
¼ Pfund von 25 Pfund
an bis zu den Feinsten liefern wir, seit dem wir Pralinen-Fabrikation unseren Betriebe angegliedert haben und empfehlen Mischung I und II in 4 Geschmacksarten: Rum- und Sahne-Trüffeln, Nuß-Krokant, Mandel-Krokant, Brunzes- und Nußmarzipan-Pralinen u. täglich frische Neuheiten
Hausfürst - Konditorei
Weißenfels, Nikolaistraße 48
Täglich lt. Gebäck, Torten von 1 Mk. an

Eine sparsame Hausfrau
läßt ihre Kleidungsstücke nur in der
Färb. Arthur Dietrich
reinigen oder färben
Zahlm. Bedienung
Billigste Preise
Hauptgeschäft
Zeitz, Wasservorstadt 9

Werbt f. d. Klassenkampf!

Weißenfels „Volkschor"
Sonnabend, 25. 9., auf der „Schönen Aussicht":
Kränzchen
Anfang 7 Uhr
Hierzu ladet freundl. ein Der Vorstand

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels, Fischgasse 1

Morgen
Schlachtefest
Bätz, Weißenfels
Zittone

Pa. gelb- u. weißfleischige
Speisekartoffeln
Winterware, zum Einkellern, empfiehlt in Ztr. u. einzeln
Hermann Wagner
Zeitz, Kalkstraße 11

Warnung!
Wir machen darauf aufmerksam, daß vom Sonnabend, den 25. September 1926 von 8 Uhr vormittags an, die 35000 Volkletzung Theißen – Naumburg in Spannung gesetzt wird. Das Beteiligen der Masse und Berührten der Straße (auch etwa herunterhängender) ist verboten und mit Lebensgefahr verbunden
Zeitz, den 23. September 1926
Elektrizitäts-Verband Weißenfels-Zeitz
Der Verbandsvorsteher
gez. Scharfenberg *3427

Wir empfehlen:
Prima argentinisches Ochsenfleisch
Kochfleisch . . . Pfd. 0,75 Mk.
Braatfleisch m. Beil., Pfd. 0,80 Mk.
Frisches **Schweinefleisch**, Pfund 1,30 Mk.
Schmer u. fettes Fleisch, Pfd. 1,30
sowie sämtliche Wurstwaren
Karl Wahl & Sohn
Zeitz, Wasservorstadt 12 1174

Spendet f. d. „Rote Hilfe"

Max Günther, Rasberg
Empfehle auf dem Wochenmarkt:
Rätzische Seefische und Marinaden
Stand Berthold
Ferner spottbillig: Zuckersüßen Wein, sämtliche Südfrüchte, la. Blumenkohl, sowie alles Gemüse
Spezialität: Neue saure Gurken
Stand Goethel & Staudte

Kammer-Lichtspiele, Merseburg
Der Postmeister
8 Akte. Hergestellt durch die Filmgenossenschaft „Meschrapom-Russ.-Film" in Moskau
In der Hauptrolle Iwan Moskwin, Rußlands berühmter Tragöde vom Künstler-Theater in Moskau. Die Preise ist hingerissen, begeistert, entzückt von dem Postmeister
Dazu: 1176
The Vox
großes Schauspiel in 5 Akten. Arbeitslose haben in der 1. Vorstellung für 30 Pfg. Zutritt
Sonntag 2 Uhr: Jugendvorstellung

Modezeitungen empfehlen die Zeitschriftenhandlg.

Arb.-Radf.-Bund Solidarität
Ortsgruppe Zeitz
Sonnabend, den 25. September, im Gasthof „Sächsischer Hof" in Hämichen:
Herbst-Vergnügen
verbunden mit Reigenfahren
Hierzu ladet freundlichst ein
*3423 Der Vorstand
Anfang 7 Uhr Eintritt 30 Pf.

Arb.-Radf.-Bund Solidarität
Ortsgruppe Zeitz
Sonntag, d. 26. September 1926, von nachmittags 4 Uhr an:
Kegelmaschinen-Weihe
verbunden mit Preisschießen u. Kegeln sowie Tombola *3429
Hierzu laden ergebenst ein
Der Wirt P. Fuchs Der Vorstand

Puppenwagen Puppenbetten
werden gegen Angabg. zurückgestellt
Preise konkurrenzlos:
Kinderwagenhaus
Bruno Paris
Grüderstr. 3
1 Min. vom Markt

Damentaschen
Koffer
Mappen
Rucksäcke
Portemonnaies
usw. billig
Hugo Krasemann
Nur Schmeerstraße 19
Kofer- und Lederwarenhaus
gegr. 1875

Kleine Anzeigen haben bei uns den besten Erfolg

Lichtspieltheater Wittenberg
zeigt bis Sonntag ein erstklassiges Programm
Die neueste Asa-Wochenschau
Die lustige Schule
mit dem Wunderhund Brownie
Unsere deutsche Filmkönigin
Henny Porten
in dem sechsaktigen Lustspiel:
Wehe, wenn sie losgelassen
Ferner: Bruno Kastner, Curt Bois, Morgan usw. 1178
Jugendliche haben Zutritt
Sonntag 2 Uhr: **Jugend-Vorstellung**

Deutsch. Arb.-Mandolinisten-Bund
Ortsgr. Pleßnitz-Kleinwitzenberg
Sonnabend, 25. September u. Sonntag, 26. September
Stiftungsfest mit Ball
Sonnabend: Konzert mit auswärtigen Spielern
Es ladet ein Der Vorstand

Turnerbund Zeitz
e. V.
Sonnabend, den 25. Sept. im „Preußen-Hof":
Großer
Sport-Ball
Jazzband-Kapelle
— Anfang 6 Uhr —
T.B.Z. Der Turnrat

Wo speise ich gut und billig
im
Volkspark?
Burgstr. 27 Telephon 21107

Zentralbibliothek Halle, Burgstraße 27
(Volkspark) ca. 5000 Bände stehen allen organisierten Arbeitern und Angestellten zur Verfügung.
Geöffnet Dienstag und Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr
Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhandlung, Halle 47 44

Weißenfels ☆ Herbstfest 1926 ☆ Weißenfels

Zum Volksfest
am Neumarkt in Weißenfels
bringt
Hugo Haase, Hannover
als letzte Neuheit:
THE WHIP
D. R. P. 286396

Achtung! Weißenfels Achtung!
Am Neumarkt
vom 25. September 1926 bis 3. Oktober 1926
Großes Herbst- und Volksfest
Belustigungen für alt und jung
Riesen-Betrieb wie alljährlich!
Mittwoch: Illuminations-Abend — Freitag: Brillantfeuerwerk — Sonntag: Ballonaufstieg
Die Einwohnerschaft von Stadt und Land laden hierzu freundlichst ein
Die Schausteller

Zum Herbstfest in Weißenfels
Theater der dressierten Hunde
Vornehmes Familientheater — Erstkl. Dressur-Komödie

Film-Palast Weißenfels
Ab heute bis Montag
2 große Schlager:
Pat u. Patochon im Prater
6 Akte 1164
aus dem Leben zweier Vagabunden
— Sie lachen sich gesund! —
Der zweite Schlager:
Die letzte Sensation des Zirkus Farini
Zirkus-Großfilm in 6 Akten
Jugendliche haben bis 9 Uhr Zutritt
Sonntagnachmittag 2 Uhr:
Große Kinder-Vorstellung
Beginn 7 u. 9 Uhr, Sonntags 5 Uhr

Zum Herbstfest in Weißenfels
Gr. Bierzelt mit Tanzdiele
Flotte Damenbedienung
ff. Oettler Biere Warme Würstchen
Um gütigen Zuspruch bittet der Besitzer Richard Lasch

Zum Herbstfest in Weißenfels
Schuberts Auto-Berg- u. Talbahn
ist wieder da
Um gütige Unterstützung bittet
Der Besitzer

Zum Herbstfest am Neumarkt in Weißenfels 1166
Burgholds groß. anatomisches Museum
(Inhaber A. Blanck)
Die wissenschaftliche Ausstellung enthält die inneren und äußeren Krankheiten der Menschen: Frauen-, Mutter- und Kinder-Krankheiten, Kriegs-Krankheiten u. Seuchen, wie Cholera, Pest, Grippe. Verbandslehre bei Verletzungen, Hieb-, Stoß- und Schußwunden
Der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten
Neu! Die große Typhus-Epidemie in Hannover!
Zutritt nur für erwachsene Personen

„Zum Saaltor", Weißenfels
Jeden Freitag und Sonnabend die überall bekannten
Salzknochen
Gutgepflegte Biere sowie andere Getränke zu jeder Tageszeit
Ammes Barbiergeschäft
empfiehlt sich der Arbeiterschaft bei kulantester Bedienung

Achtung! Weißenfels!
Zum Herbstfest am Neumarkt ist der
Eispavillon
der Firma
Hugo Göldner aus Zeitz
mit seinem ff. Speise-Eis m. echter Schlagsahne
wieder da
Um gütigen Zuspruch bittet Der Besitzer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0008

Wie bereiten wir den Kongreß der Werktätigen vor?

Fünf Fragen an alle Betriebszellen!

1. Hat die Zellenleitung den Arbeitsplan für die Kampagne zum Kongreß der Werktätigen beschlossen?
2. Ist in einer Zellenversammlung zur wirtschaftlichen und politischen Lage (insbesondere Rationalisierung, Programm der Industrie und ADGB.) und zu den Aufgaben des Kongresses der Werktätigen Stellung genommen worden?
3. Was hat die Zelle getan, um wenigstens monatlich eine Betriebszeitung herauszugeben?
4. Was hat die Zelle getan, damit im Betriebsrat und in einer Betriebsversammlung zur gegenwärtigen Lage und zum Kongreß der Werktätigen Stellung genommen wird?
5. Was hat die Zelle getan, um die in der Nähe gelegenen Betriebe zur Stellungnahme zum Kongreß der Werktätigen zu veranlassen?

Die Aufgaben der Gewerkschaftsfraktionen

Die Industriellen haben in Dresden klar und deutlich das Programm der Offensive gegen die Arbeiterschaft und Mittelschichten proklamiert. Sie wollen kämpfen

für weitere Durchführung der Rationalisierung, so, daß sie kapitalistisch rentabel ist,

für Verlängerung der Arbeitszeit,

für Lohnzahlung nach Leistung,

gegen schematische Anwendung des Tarifsystems und für Wertsgemeinschaft,

für den Abbau der Arbeiterschutzgesetzgebung,

für den Abbau der Sozialgesetzgebung.

Um den Widerstand der Arbeiterklasse von vornherein zu brechen, wollen sie die Sozialdemokraten mit in die Regierung nehmen und treten für Arbeitsgemeinschaftspolitik unter Führung der Großindustrie ein. Dieses Programm ist nur durchführbar bei Einsetzung aller staatlichen Machtmittel gegen die Arbeiterklasse. Die Anweisungen dazu sind enthalten im Erlaß von Severing.

Gegen diese Offensive der Großindustrie, die von der SPD. unterstützt und von ADGB. durch Sabotage des Abwehrkampfes gefördert wird, gilt es die Einheitsfront aller Werktätigen zu mobilisieren. Besondere Bedeutung hat dabei die Gewinnung der in den Gewerkschaften organisierten Arbeitermassen und der Gewerkschaftsorganisationen für die einheitliche Klassenkampffront. Deshalb müssen die Gewerkschaftsfraktionen alles tun, um den Kongreß der Werktätigen in den Gewerkschaften vorzubereiten. Die Fraktionen haben dabei folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Systematische Arbeit unter den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten in den Betrieben.

2. Gründliche Behandlung der gewerkschaftlichen Fragen des Betriebes und der Gewerkschaften in der Betriebszeitung.

3. Beeinflussung der Kollegen in den Branchenversammlungen.

4. Einbringung von Anträgen durch die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaftsvorständen und Ortsausschüssen des ADGB. und AfA. für die Beteiligung am Kongreß der Werktätigen.

5. Alle Maßnahmen ergreifen, damit öfter Gewerkschaftsversammlungen stattfinden und dort Stellung genommen wird zur Frage der Rationalisierung, zum Dresdner Programm der Großindustriellen, zur Politik des ADGB. und zum Kongreß der Werktätigen.

6. Alle Kräfte einsetzen, die Gewerkschaften zu zwingen, die Erwerbslosenausschüsse anzuerkennen und Erwerbslosenversammlungen und Konferenzen einzuberufen, in denen zur Lage der Erwerbslosen und zum Kongreß der Werktätigen Stellung genommen wird.

Mobilisiert die Erwerbslosen!

Vor dem Kongreß der Werktätigen soll eine Reichskonferenz der Erwerbslosen stattfinden. Diese wird ihren Zweck nur erfüllen, wenn in den Erwerbslosenversammlungen bzw. den Stempelstellen, in den örtlichen Erwerbslosenversammlungen und auf den Bezirkserwerbslosenkonferenzen zu den Erwerbslosenfragen und zum Kongreß der Werktätigen Stellung genommen wird und Delegierte gewählt werden.

Zur Durchführung dieser Aufgaben und der Erhöhung der Aktivität der Erwerbslosenbewegung ist es nötig, daß die kommunistischen Fraktionen in den Erwerbslosen-Ausschüssen und die kommunistischen Fraktionen bei den Stempelstellen regelmäßig zusammenkommen und gründlich zu den Erwerbslosenfragen Stellung nehmen. Es muß durchgesetzt werden, daß der örtliche Erwerbslosen-Ausschuß eine ständige Auskunftsstelle unterhält, die den Erwerbslosen bei allen den tausend Tagesnöten hilft (Unterstützungsfrage, Frage des Mietpreises, der Gasrechnung usw.). Nur wenn diese täglichen Interessen der Erwerbslosen vom Ausschuß energisch vertreten werden, wenn der Ausschuß den Erwerbslosen wirklich in allen kleinen Tagesfragen hilft, ist es möglich, die Erwerbslosen wirklich zu beeinflussen und zu mobilisieren. Dort, wo eine gedruckte Erwerbslosenzeitung nicht erscheint, ist die Herausgabe von vervielfältigten Zeitungen in derselben Weise wie die Betriebszeitungen vorzubereiten.

Die zuständigen Parteileitungen sind verpflichtet, Vertreter in die Sitzungen der kommunistischen Fraktion des Erwerbslosen-Ausschusses zu entsenden. Die Fraktionsleiter der wichtigsten Erwerbslosenfraktionen sind zu verpflichten, in bestimmten Zeitabständen im Sekretariat der zuständigen Parteileitung mündlich Bericht zu erstatten.

Die Aufgaben der Agitpropleiter der Betriebszellen

Die systematische Durchführung der Kampagne für den Kongreß der Werktätigen macht es notwendig, daß in den Zellenleitungen eine systematische Arbeitsverteilung geschieht. Von großer Bedeutung für die Durchführung der Kampagne ist die Arbeit der Agitpropleiter der Zellen. Es ist selbstverständlich, daß der Agitpropleiter die Arbeit nicht allein leisten kann. Er muß sich Genossen heranziehen für die Herstellung der Betriebszeitungen, für Literatur- und Zeitungsvertrieb, für die Berichte an die Tagespresse usw. Die Hauptaufgaben der Agitpropleiter sind folgende:

1. Unterstützung der Zellenleitung bei der **Beschaffung des politischen Materials**, das in der Zellenversammlung bei der Besprechung der Vorbereitungen für den Kongreß der Werktätigen behandelt werden muß (allgemeines politisches Material über Betriebs- und Gewerkschaftsfragen).

2. **Sammlung des notwendigen Materials für die laufende Agitation und Propaganda im Betrieb und außerhalb des Betriebes**, einschließlich der Landorte, die der Betriebszelle zur Bearbeitung zugewiesen sind (Ausschnitte aus Partei- und gegnerischen Zeitungen, Zeitschriften, Werkszeitungen, Zitate aus Reden der SPD.- und Zentrumsführer sowie der Direktoren).

3. **Beschaffung der Referenten für Zellen- und Betriebsversammlungen und Versammlungen vor den Betrieben.**

4. **Organisierung der Flugblattverbreitung und des Zeitungsvertriebes in und bei dem Betriebe.**

5. **Organisierung des Literaturvertriebs in und bei dem Betriebe.**

6. **Heranziehung und Beeinflussung der Arbeiter-Korrespondenten des Betriebes.**

7. **Beobachtung der Propagandaarbeit des Gegners** (von der Direktion oder von gelben Betriebsvereinen einberufene Versammlungen, Kurse usw.)

Es ist notwendig, daß der Agitpropleiter der Betriebszelle mit dem Leiter oder mit dem Agitpropleiter der Betriebszelle des Kommunistischen Jugendverbandes innig zusammenarbeitet.

Die Agitpropleiter der Zellen müssen in den Ortsgruppen und Betriebszellengruppen nach Bedarf zusammenberufen werden.

Jeder Betrieb seine eigene Betriebszeitung!

Nr. 1 **BETRIEBSZEITUNG** Nr. 1

Der S.M.F. Hartmann, Zweigwerk Dresden.

Motto: Wen Gott will strafen für seine Sünden, den läßt er bei Hartmanns Arbeit finden.

WAS WIR WOLLEN.

Der „Zuschläger" erscheint als eine Zeitung der Arbeiter und Arbeiterinnen des Betriebes S.M.F. Hartmann, Zweigwerk Dresden. Er will auf alle Frechheiten und Übergriffe der Direktion, der Meister und sonstigen Anbeiter mit derben Schlägen antworten.

Der Zuschläger wird alle Schmarotzer rücksichtslos anprangern.

Er wird die Nöte aller Arbeitenden des Betriebes vertreten, er wird mit derben Schlägen dazwischen hauen, wo die Ausbeuter die Arbeiten den peinigen und unterdrücken. Wir hoffen, viele Freunde und Käufer zu gewinnen.

Die propagandistische Vorbereitung für den Kongreß der Werktätigen ist nur möglich, wenn für jeden Groß- und Mittelbetrieb eine Betriebszeitung herausgegeben wird, in der in Verbindung mit den Betriebsfragen zu den Aufgaben des Kongresses der Werktätigen Stellung genommen wird.

Die Aufgaben der Genossenschaftsfraktionen

O. S. Unsere gesamten Aufgaben in den Konsumgenossenschaften müssen in engster Verbindung mit der Vorbereitung des Kongresses der Werktätigen gebracht werden. Die Auswertung des Genossenschaftstages in München, des Internationalen Genossenschaftstages, das Auftreten in den jetzt überall stattfindenden General- und Vertreterversammlungen muß dazu benutzt werden, die Notwendigkeit der Teilnahme der Konsumgenossenschaften am Kongreß der Werktätigen aufzuzeigen.

Bei der Vorbereitung des KdW. in den Konsumgenossenschaften müssen wir an all die Fragen anknüpfen, die die Genossenschaften heute am meisten betreffen. Also die Auswirkung der Wirtschaftskrise und der Rationalisierung, die zunehmende Teuerung, die Auswirkung der Erwerbslosigkeit, die Belastung der Konsumgenossenschaften mit neuen Steuern und das Fiasko des Steuer„kampfes" der Genossenschaftsbürokratie, die Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreikes usw.

Die Unterstützung des KdW. durch die Konsumgenossenschaften muß in folgender Weise erreicht werden:

a) **Die Zentralinstanzen in Hamburg und die Revisionsverbandsleitungen müssen durch alle Veranstaltungen zur Unterstützung und Beschickung des KdW. aufgefordert werden.**

b) **Die lokalen Konsumgenossenschaften müssen das Stattfinden des KdW. begrüßen und zusagende Beschlüsse für die Beschickung des KdW. fassen.**

c) **Die Betriebsbeleschaften der Konsumgenossenschaften müssen für die Beschickung des KdW. gewonnen werden.**

d) **Zur Vorbereitung des KdW. unter den Genossenschaftsmitgliedern muß von allen Konsumgenossenschaften die Einberufung von Mitgliederversammlungen verlangt werden, in denen zu dem KdW. Stellung genommen wird.**

In den Konsumgenossenschaften, in denen wir im Vorstand und Aufsichtsrat kommunistische Mehrheiten haben, ist die Durchführung der Arbeiten am leichtesten und muß sofort in Angriff genommen werden. In den übrigen Konsumgenossenschaften muß durch einen starken Druck der Genossenschaftsmitglieder die Durchführung der Aufgaben zu erreichen versucht werden. Zu diesem Zweck ist eine intensive und gut organisierte Arbeit der Genossenschaftsfraktionen notwendig. Vor allem sind folgende Schritte zu unternehmen:

a) **Es muß sofort eine Sitzung der Leitung jeder Fraktion einberufen werden, die die notwendigen Aufgaben bestimmt verteilt und die Durchführung der Arbeiten kontrolliert.**

b) Erst durch eine gute Vorbereitung seitens der Fraktionsleitung wird die **Sitzung der gesamten Genossenschaftsfraktion** die notwendigen Resultate zeitigen.

c) In allen **Körperschaften der Genossenschaften** (Vorstand, Aufsichtsrat, Genossenschaftsrat, General- bzw. Vertreterversammlungen, Verteilungsstellenversammlungen usw.) müssen Anträge eingebracht werden, die die unter a) bis d) aufgeführten Forderungen enthalten. Die Fraktionsleitung bzw. Gesamtfraktion muß die Anträge vorbereiten, Redner bestimmen usw., sowie die Durchführung der Anträge kontrollieren.

d) **Um den notwendigen Druck auf die Genossenschaftsbürokratie auszuüben, müssen wir versuchen, die Einberufung von Verteilungsstellenversammlungen zu erzwingen.** Dazu sind in der Verteilungsstelle Unterschriften von den Mitgliedern zu verlangen.

e) Da in den meisten Verteilungsstellen keine Versammlungen einberufen werden, ist es unbedingt notwendig, in **der Verteilungsstelle Diskussionen mit den Arbeiterfrauen** zu organisieren. Dabei müssen die Frauen für die Teilnahme der Konsumgenossenschaften am KdW. gewonnen werden. Wo eine Anzahl Frauen unsere Forderungen unterstützt, muß eine Kommission gewählt werden, die bei der Verwaltung vorstellig wird und die Forderungen überbringt. Diese Diskussionen in den Verteilungsstellen müssen durch die Fraktionsleitungen vorbereitet werden, indem aus jeder Verteilungsstelle zwei bis drei Vertreter zu einer gemeinsamen Vorbesprechung aller Verteilungsstellen zusammenkommen.

Nur wenn es gelingt, einen energischen Druck der proletarischen Genossenschaftsmitglieder zu erzeugen, die Arbeit der Partei in den Konsumgenossenschaften zu verstärken, wird es möglich sein, die Teilnahme einer größeren Anzahl Konsumgenossenschaften am KdW. zu erreichen und in der Herstellung des Kampfbündnisses der Konsumgenossenschaften mit den übrigen klassenbewußten Arbeiterorganisationen einen Schritt weiterzukommen.

Die Arbeit auf dem Lande

Die Gewinnung der Kleinbauern, Häusler und Pächter wird uns nur gelingen, wenn die Agitationsgruppen für die Landagitation gründlich politisch instruiert werden. Deshalb muß in jeder Parteiorganisation eine Zusammenkunft der Genossen stattfinden, die an der Landagitation teilnehmen.

Die zuständige Parteileitung ist verpflichtet, die sympathisierenden Kleinbauern, Häusler und Pächter zu registrieren, ihnen Material zu senden und sie zu Besprechungen zusammenzuberufen. Es ist nützlich, wenn durch die Sympathisierenden die Einberufung der Versammlungen auf den Dörfern geschieht. Wo Kleinbauernorganisationen bestehen, die bereit sind, Versammlungen zu organisieren, in denen zum Kongreß der Werktätigen Stellung genommen wird, müssen die zuständigen Parteileitungen mit den Leitungen der Kleinbauernorganisation rechtzeitig in Verbindung treten.

Die Parteileitungen müssen die Bearbeitung der Landorte so organisieren, daß jede Zelle, oder dort, wo diese zahlenmäßig zu schwach sind, jede Zellengruppe bestimmte Landorte ständig bearbeitet. Dabei ist die Agitation zuerst auf jene Orte zu konzentrieren, die am wichtigsten sind und wo die günstigsten Voraussetzungen für die Erfolge unserer Arbeit gegeben sind.

Nachdem in den einzelnen Orten die Kleinbauern systematisch bearbeitet worden sind, sollen von einzelnen Kleinbauern oder durch provisorische Komitees Konferenzen der Kleinbauern, Häusler und Pächter für bestimmte Gebiete einberufen werden. Auf diesen Konferenzen sind dann die Delegierten zum Kongreß der Werktätigen zu wählen.

Was ist zu tun?

Diese Frage beantwortet der „Parteiarbeiter", Heft 9. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Parteimobilisierung zum Kongreß der Werktätigen.

Der politische Zweck des Kongresses.

Die Vorbereitung durch die Betriebszellen.

Die Vorbereitung in den Gewerkschaften.

Die Betriebsräte und der Kongreß.

Die Vorbereitung des Kongresses auf dem Lande.

Aus der Praxis für die Praxis.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0009

GOLGATHA

Auf zum Kampf gegen die deutsche Justizschande!

An die werktätige Bevölkerung Deutschlands!

Die politische und wirtschaftliche Reaktion führt Schlag auf Schlag gegen die werktätige Bevölkerung Deutschlands. Wachsende Arbeitslosigkeit, Lohnreduktionen, furchtbare Klassenurteile und blutige Polizeiattacken kennzeichnen die Lage. Eine der furchtbarsten Waffen der Reaktion zur Niederschlagung des werktätigen Volkes ist die bürgerliche Klassenjustiz. Viele der besten und tapfersten Kämpfer für die Sache des werktätigen Volkes werden durch sie zugrunde gerichtet.

Allein

in den Jahren 1924/25 wurden mehr als 5000 Jahre Freiheitsstrafe

gegen kämpfende Arbeiter verhängt. Selbst in den furchtbarsten Zeiten wilhelminischer Unterdrückung, während der zwölf Jahre des Sozialistengesetzes wurden demgegenüber annähernd 1000 Jahre Freiheitsstrafe verhängt.

Immer grausamere Schreckensurteile werden gefällt. Für die Uebergabe eines Flugblattes an Reichswehrsoldaten und Schupobeamte werden mehrjährige Zuchthausstrafen verhängt. So wurde der Arbeiter Dieke zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt.

In dem Prozeß gegen die Füssener Arbeiter fällte das Reichsgericht auf Grund des berüchtigten Bismarckschen Sprengstoffgesetzes vom Jahre 1884 das furchtbare Bluturteil

von 48 Jahren und vier Monaten Zuchthaus gegen acht Angeklagte.

Dieses Urteil geht noch weit über das Bluturteil der Horthy-Justiz gegen Rakosi und Genossen hinaus.

In den Kerkern werden die proletarischen Gefangenen systematisch körperlich, geistig und seelisch zugrunde gerichtet. Die Handhabung der Untersuchungshaft ist eins der schändlichsten Kapitel der deutschen Klassenjustiz. Die Fälle Jürgens und Kölling-Magdeburg haben der entsetzten Oeffentlichkeit die geradezu unbegrenzte Macht enthüllt, die die reaktionären Klassenrichter über Leben und Freiheit der von ihnen Verfolgten besitzen. Die unerhört lange Dauer der Untersuchungshaft, die oft bis zu 1½ und 2 Jahren ausgedehnt wird, ist die schlimmste seelische Folter, die noch verschärft wird durch die inquisitorischen Untersuchungsmethoden der Kriminalpolizisten und Untersuchungsrichter. Dabei hat der Fall Hoefle und der Gefängnistod der 65jährigen Arbeiterfrau Vorwerk aus Chemnitz gezeigt, daß die gesundheitlichen Zustände nicht nur in den Strafanstalten, sondern auch in den Untersuchungsgefängnissen das Leben der Inhaftierten aufs höchste bedrohen.

Noch furchtbarer sind die Zustände in den Strafanstalten. Unerhörte Ausbeutung, unzureichende Kost, völlige Rechtlosigkeit und gesundheitswidrige Zustände richten zahllose proletarische Gefangene zugrunde. Erst vor wenigen Wochen wurden der jugendliche Scheerer und vor ihm Willi Kreß wie viele andere

Opfer des barbarischen Strafvollzugs.

Und diese Justiz, die Leben und Freiheit der tapfersten Vorkämpfer der Arbeiterklasse vernichtet, bedroht auch die gesamte Arbeiterbewegung.

Im Interesse der Unternehmer gegen die Arbeiter wird

die Existenz der Gewerkschaften und das Streikrecht bedroht!

Das geschieht durch unerhört hohe Verurteilungen zu Schadenersatz für Streikschäden wie in Dortmund, Zwickau und in vielen anderen Fällen durch Verbot des Streikpostenstehens wie in Lichtenberg, durch Tendenzurteile gegen Streikende bei Zusammenstößen mit provozierenden Streikbrechern.

Jegliche Propagandamöglichkeit der Arbeiterorganisationen soll vernichtet werden.

Zahllose Tendenzurteile der politischen Justiz gegen Kunst und Literatur, Urteile und Verbote gegen die Arbeiterpresse, das neue Gesetz gegen Schmutz und Schund bedrohen die proletarische Propaganda und das revolutionäre geistige Schaffen. Der Vereinsgesetzentwurf des Reichsinnenministers Külz macht der Versammlungsfreiheit ein Ende. Die zahllosen Gotteslästerungsprozesse dienen im Geiste des finstersten Mittelalters der pfäffischen Rechten.

Alle Werktätigen und alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei werden von dieser Justiz bedroht!

Tendenzurteile gegen sozialdemokratische und Reichsbannerarbeiter, die sich gegen Anschläge der Faschisten wehren, sind an der Tagesordnung. Denkt an Grevesmühlen und Schweidnitz! Sozialdemokratische Redakteure werden wegen Gotteslästerung usw. verurteilt! Bürgerliche Republikaner und Sozialdemokraten, wie Asmus, Spatz, Großmann, Freymuth usw., werden systematisch aus dem Justizapparat verdrängt! Bauern, die sich gegen brutale Steuerauspressungen wehren, werden Opfer der Klassenjustiz!

Völkische und Monarchisten oder finden milde Richter!

Die Kapp-Putschisten, wie Ehrhardt und Ludendorff blieben frei, Hitler und seine Spießgesellen, die Leute von der Mordorganisation Consul u. a. wurden zu lächerlich geringen Strafen verurteilt, andere, wie Zwenkauer und Schweikhardt, die Fememörder, mit Hilfe von Staatsorganen aus dem Gefängnis befreit.

Duldet diese Justizschande nicht länger!

Schließt Euch zusammen zum Kampf gegen die ungeheuerliche Justizreaktion!

Fordert die Aufhebung des Sprengstoffgesetzes und des Gesetzes zum Schutze der Republik sowie aller Ausnahmegesetze gegen das kämpfende Proletariat!

Kämpft für eine gründliche Umgestaltung des mittelalterlichen Strafvollzugs!

Fordert vor allem: Tarifmäßige Entlohnung der Gefangenen, ausreichende Ernährung, ausreichende ärztliche Behandlung, Strafunterbrechung bei erkrankten Gefangenen und Beseitigung der mittelalterlichen Disziplinarbestimmungen, das Recht auf Selbstbeköstigung und freie Wahl der Lektüre!

Wahl von Gefängnisbeiräten durch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft!

Kämpft gegen die Schande der inquisitorischen Handhabung der Untersuchungshaft!

Reiht Euch ein in die Reihen der Roten Hilfe!

Kämpft mit uns für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen!

Rettet die Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz!

Zentralvorstand der Roten Hilfe Deutschlands.

Protest des freigewerkschaftlichen Jugendkartells Weißenfels gegen den weißen Terror in Polen

In der Vollversammlung des freigewerkschaftlichen Jugendkartells Weißenfels wurde am Montag, dem 6. September, folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Entschließung:

1. Die Vollversammlung der Delegierten des freigewerkschaftlichen Jugendkartells Weißenfels sendet ihren proletarischen Brüdern in Polen die brüderlichsten Grüße, insbesondere den eingekerkerten Proletariern.

Gleichzeitig erheben wir schärfsten Protest gegen die Schandtaten der polnischen Regierung, welche mit einem unerhörten Terror die gesamte Arbeiterschaft unterdrückt.

Die Gewaltmethoden der polnischen Regierung, die martervolle Behandlung in den Gefängnissen, welche schlimmer ist als in der Zeit des dunkelsten Mittelalters, die gesamten Unterdrückungsmaßnahmen einer reaktionären Diktatur zwingen die gesamte internationale Arbeiterschaft, gegen dieses Blutregiment in Polen zu protestieren und die polnischen Brüder in ihrem Kampfe um die Freiheit zu unterstützen.

Die Weißenfelser Jugendkartell-Delegierten fordern von den Spitzen aller internationalen Organisationen, daß sie unverzüglich mit allen Mitteln den Kampf gegen die weiße Diktatur in Polen aufnehmen.

2. Aber nicht nur in Polen, **sondern auch in Ungarn zeigt der Verlauf des Rakosi-Prozesses das Wüten der weißen Diktatur gegen die Arbeiterschaft und schließen sich die Jugendkartell-Delegierten den tausenden Protesten an, welche gegen das Horthy-Ungarn gerichtet sind.**

Die Jugendkartell-Delegierten begrüßen das heldenhafte und aufrechte Verhalten der ungarischen Revolutionäre vor dem weißen Henkergericht und verpflichten sich, unermüdlich so lange für die Befreiung derselben zu kämpfen, bis auch der letzte dieser proletarischen Kämpfer aus dem Schandkerker befreit und Ungarn wieder ein proletarischer Staat geworden ist.

Die Weißenfelser Jugendkartell-Delegierten verlangen auch gegenüber der weißen Diktatur in Ungarn von allen internationalen Organisationen den schärfsten Kampf und verpflichten sich, diesen Kampf mit allen Mitteln zu unterstützen.

Es lebe die revolutionäre Solidarität der internationalen Arbeiterschaft!

Es lebe der internationale Klassenkampf!

Werbeabend Ammendorf

Am Freitag, dem 27. August, veranstaltete die Ortsgruppe Ammendorf im „Burgschlößchen" einen Werbeabend, der durch gute Vorarbeit als durchaus gelungen bezeichnet werden muß. Ein großes Lichttransparent vor dem Eingange des Lokals mit der Aufschrift: „Schafft Rote Hilfe!" wirkte außerordentlich gut. Die Rote-Frontkämpfer-Kapelle, der Männergesangverein Ammendorf und das Mandolinen-Orchester der Naturfreunde hatten sich dieser Veranstaltung selbstlos zur Verfügung gestellt und gaben ihr Bestes zum Gelingen des Abends. Eine Aufführung, gestellt von den Mitgliedern des Ortskomitees der Roten Hilfe, brachte in vier Bildern den Erschienenen zum Ausdruck, wie groß die Not der Angehörigen der politisch Inhaftierten ist und wie segensreich die Rote Hilfe für die Angehörigen wirkt. Die Genossinnen und Genossen gaben ihr Bestes bei der Aufführung. Der Eindruck, den die Aufführung bei den Erschienenen hinterließ, war unverkennbar. Eine im Anschluß vorgetragene Rezitation: „Genosse, ich kann den Brief nicht nehmen" hinterließ ebenfalls einen tiefen Eindruck.

In einer kurzen Ansprache ging der Genosse Härtel auf die ungeheuren Terrorakte und den weißen Schrecken in Polen, Ungarn, Bulgarien und in Deutschland ein und zeigte an Hand der praktischen Arbeit der Roten Hilfe, wie notwendig es ist, der Rote-Hilfe-Organisation als Mitglied beizutreten.

Brief aus dem Zuchthaus Sonnenburg

Der Genosse Paul Töpfer aus Bruckdorf, im November 1923 wegen Beteiligung an den mitteldeutschen Kämpfen 1921 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, dessen Frau im Mai 1922 verstarb und drei schulpflichtige Kinder hinterließ, schreibt aus dem Zuchthaus Sonnenburg folgenden Brief:

Liebe Genossen und Genossinnen!

Mit großer Freude erfuhr ich, daß mein Sohn Paul auf Anweisung der Roten Hilfe Halle nach Worpswede zur Erholung geschickt ist. Seid herzlich bedankt dafür. Es ist erfreulich, daß Ihr uns unser Los erleichtert und den Druck und die Sorge um unsere Kinder und Angehörigen von uns nehmt. Bei der Freigebigkeit der Staatsanwaltschaft bezüglich der „Jahre" (über 4½ Jahre habe ich hinter mir und 3 Jahre 10 Monate noch vor mir), ist es nicht ganz leicht, ohne bittere Sorge an seine Kinder zu denken. Es freut mich und auch meine anderen Leidensgenossen, daß die praktische Solidarität und vor allen Dingen die Opferfreudigkeit für die gefangenen Genossen solchen Umfang angenommen hat. Das ist ein großer Schritt vorwärts, denn nur da, wo dieser Geist herrscht, kann der rechte Kampfesmut und Tatendrang gedeihen. Wie mancher kampfestüchtige Prolet wurde bisher von dem drückenden Gedanken an das Elend der Familien der gefangenen Kämpfer zurückgehalten, auch seine Kraft in den Dienst des Befreiungskampfes zu stellen. Wie viel freier und mutiger muß doch das Kämpfen für diejenigen sein, wenn sie mit dem Gedanken ins Feuer gehen können, daß für die Angehörigen und auch für ihn selbst gesorgt wird, wenn er Unglück hat und im Kerker landet. Euch und allen Genossen rufe ich immer noch zu: „Fahret fort, in diesem Geiste zu arbeiten, denn die praktische Solidarität und die Opferfreudigkeit ist die beste Grundlage zu einem starken Kampfgeist, sie ist das eigentliche Fundament zu dem erhofften Endsieg".

Mit kommunistischem Gruß

Paul Töpfer.

Genossen, schafft die Voraussetzung zur Erhaltung unserer Kinderheime. Kauft die Kinderheimmarken zum Preise von 10 Pfennig.

Dankbrief an die Rote Hilfe

Osmünde, 14. September.

Rote Hilfe Halle

Liebe Genossen!

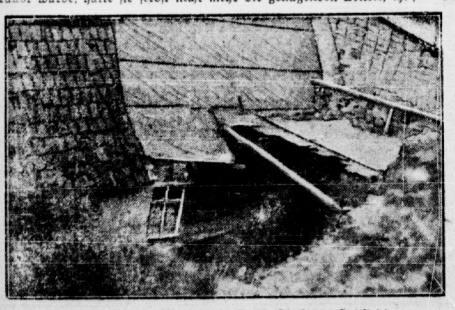
Möchte allen, die an dem mitarbeiten, daß wir Arbeiterkinder Erholung genießen können, hierdurch meinen herzlichsten Dank aussprechen. Am 5. Juli nahm der D-Zug uns mit nach Bremen und weiter noch nach dem Barkenhof, Worpswede. Der Barkenhof ist für uns Kinder ein Paradies. Hier gab es für uns schöne Tage. Die Genossen übten mit uns viel Körperpflege, Turnen und Wandern. Wir machten unsere Arbeit und hatten gutes Essen, als wenn alle Tage Sonntag wäre. Ich habe in den vier Wochen fünf Pfund zugenommen und wollte, ich könnte immer dort sein.

Mit Rote-Hilfe-Gruß

Karl Georg Mosenhauer.

Wie Klassenkampfopfer wohnen müssen!

Das nebenstehende Bild zeigt die Hinterwand des Hauses, in dem die Genossin **Kirchner** aus Hettstedt, Molmecker Straße 38, mit ihren zwei Kindern „wohnt". Der Mann der Genossin Kirchner wurde **in den Kämpfen bei Ammendorf im Jahre 1921 von der Schupo erschossen.** Dadurch, daß die Familie ihres Ernährers beraubt wurde, hatte sie selbst nicht mehr die genügenden Mittel, ihr Haus im gleichen Maße wie früher instandzuhalten. Als im Herbst 1925 das Haus einzufallen begann, stellte die Genossin Anträge an die Stadt Hettstedt, an das Wohlfahrtsamt Mansfeld und an die **Rote Hilfe,** ihre eine Beihilfe zur Ausbesserung ihres Hauses zu gewähren.



Hinterwand des Hauses der Frau Kirchner, Hettstedt, Molmecker Straße 38, deren Mann 1921 in Ammendorf von der Schupo erschossen wurde

Die Rote Hilfe war sofort dazu bereit, **einen Zuschuß von 100 Mark zu bewilligen,** wofür der Ortsvorstand Ziegel zur Ausbesserung des Daches kaufte. Das reichte jedoch nicht aus, um die großen Schäden am Hause zu beseitigen. Die Behörden aber sandten wohl Vertreter zur Besichtigung des Hauses, die auch sehr weise feststellten, wie es gemacht werden muß, **aber es geschah nichts.**

Infolgedessen verfiel das Haus immer mehr. Am **4. Juli** nahm nun die **Mitgliederversammlung der Roten Hilfe, Ortsgruppe Hettstedt,** zu dem Fall Stellung und forderte von den Behörden, daß 1. das Haus der Frau Kirchner sofort polizeilich geschlossen wird und den Bewohnern des Hauses eine andere, menschenwürdige Wohnung bis zur Instandsetzung des Hauses überwiesen wird; 2. daß das Haus mit Staatsmitteln instandgesetzt wird, und 3., daß die Familie nach Instandsetzung wieder in ihr Heim kommt.

Einen kleinen Erfolg haben die verschiedenen Proteste der örtlichen R.-H.-Organisation auch bereits gehabt. **Das Haus wird jetzt wenigstens notdürftig ausgebessert.** Aber von einer gründlichen Renovierung, die nur durch vorübergehende Schließung und durch völlige Erneuerung der Rückwand und des Daches möglich wäre, ist noch keine Rede.

Die R.-H.-Gruppe setzt deshalb ihren Kampf fort durch Mobilisierung der Bevölkerung sowie durch Anträge im Stadtparlament und Eingaben an verschiedene andere Behörden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019260924-17/fragment/page=0010